

Cornelia Daurer – Marcus Gräser – Brigitte Kepplinger –
Martin Krenn – Walter Schuster – Cornelia Sulzbacher (Hg.)

Bericht der Linzer Straßennamenkommission

Auszug aus dem Gesamtbericht

<https://stadtgeschichte.linz.at/strassennamenbericht.php>

Brigitte Kepplinger¹

Julius Wagner-Jauregg

Psychiater und Nobelpreisträger, 7.3.1857–27.9.1940

Wagner-Jauregg-Weg, benannt 1954

Kurzbiographie

Julius Wagner-Jauregg wurde am 7. März 1857 in Wels geboren. Sein Vater Johann Adolf Wagner war Jurist im Staatsdienst, der nach mehreren Versetzungen 1872 ins Finanzministerium berufen wurde. 1883 erhielt Johann Adolf Wagner den erblichen Adelstitel „Ritter von Jauregg“ verliehen.² Julius besuchte in Wien das Schottengymnasium und begann 1874 das Medizinstudium an der Universität Wien, das er 1880 abschloss. Während seines Studiums trat er dem „Wiener Akademischen Gesangsverein“ bei.³ Nach dem Studium bewarb er sich auf eine Assistentenstelle am Institut für Allgemeine und Experimentelle Pathologie (Leitung: Salomon Stricker), wechselte 1882 an die Psychiatrische Klinik der Niederösterreichischen Landesirrenanstalt am Brünnefeld in Wien und wurde bald Erster Assistent des Leiters, Maximilian Leidesdorf. Dieser forderte ihn 1885 auf, eine Habilitation ins Auge zu fassen, und Wagner-Jauregg konzentrierte sich dementsprechend auf verschiedene Forschungsprojekte und publizierte mehrere Arbeiten. 1888 reichte er die Habilitation ein und erhielt die Venia für das Fach „Nervenkrankheiten und Psychiatrie“.

1889 bis 1893 war Wagner-Jauregg a.o. Professor an der Universität Graz und Vorstand der Psychiatrischen Klinik an der Landesirrenanstalt für die Steiermark (Feldhof) in Graz. 1894 kehrte er als ordentlicher Professor (die Ernennung erfolgte im September 1893) an die Niederösterreichische Landesirrenanstalt in Wien zurück, sah aber davon ab, sich als Direktor zu

¹ Der Text folgt dem von der OÖ Landesregierung in Auftrag gegebenen, 2005 vorgelegten Gutachten, dessen historisch-gesellschaftspolitischer Teil: „Julius Wagner-Jaureggs Haltung zu Eugenik/Rassenhygiene und seine politische Einstellung“ von Brigitte Kepplinger, Gerhart Marckhgott und Hartmut Reese† verfasst wurden.

² Zu den biographischen Daten siehe Withrow, Julius Wagner-Jauregg.

³ Ehrenmitglieder des Wiener Akademischen Gesangsvereins waren Anton Bruckner, Richard Wagner, Johannes Brahms, Theodor Billroth, Johannes Schober: <https://scopeq.cc.univie.ac.at/Query/detail.aspx?ID=2742> Universität Wien, Universitätsarchiv, AGV Akademischer Gesangsverein, 1858–1938 (ca).

Ab den 1880er Jahren begann die deutschnationale Ausrichtung des Vereins zu dominieren, 1896 erfolgte die Entwicklung zu einer studentischen Korporation, 1899 eigene Wappen, 1904 Vollcoleur. 1920 Umbenennung in „Wiener Akademische Sängerschaft Ghibellinen“.

bewerben. Er wurde zum Mitglied des Obersten Sanitätsrats ernannt und wechselte 1902 in die Leitungsposition der Zweiten Psychiatrischen Klinik am AKH Wien. 1901/02 war er federführend in einer Kommission zur Reform der Irrengesetzgebung tätig (das entsprechende Gesetz wurde 1916 realisiert). Als die Niederösterreichische Landesirrenanstalt in die neu erbaute Anlage auf der Baumgartner Höhe übersiedelte, setzte sich Wagner-Jauregg dafür ein, die Zweite Psychiatrische Klinik des AKH in die Gebäude der NÖ Landesirrenanstalt zu transferieren, denn das AKH litt unter großen räumlichen Problemen. Nach einer baulichen Sanierung der Gebäude der ehemaligen Niederösterreichischen Landesirrenanstalt konnte die Psychiatrische Klinik des AKH 1911 dorthin übersiedeln.

Wagner-Jauregg war 1895 zum Dekan der medizinischen Fakultät der Universität Wien gewählt worden und hatte diese Funktion bis 1896 inne. In seine Amtszeit fiel die Entscheidung über das Frauenstudium; eine Mehrheit der medizinischen Fakultät sprach sich für eine Zulassung von Frauen zum Medizinstudium aus. (Wagner-Jaureggs Einstellung dazu ist nicht bekannt).

Wagner-Jauregg war in seinem Fachgebiet, der Psychiatrie, ein Vertreter des Mainstreams, für den die physiologische Ursache psychischer Erkrankungen entscheidend war: „Geisteskrankheiten sind Gehirnkrankheiten“ (Wilhelm Griesinger).⁴ Diese Einstellung wird auch in seinen Forschungen und den daraus abgeleiteten Therapien sichtbar. Ein großer Erfolg gelang Wagner-Jauregg in seiner Zeit als Vorstand der Psychiatrischen Klinik in Graz bei der Erforschung der Ursache des in den Alpenländern weit verbreiteten Kretinismus (körperliche und geistige Zurückgebliebenheit aufgrund einer Fehlfunktion der Schilddrüse) und des Kropfes. Den in der Steiermark endemischen Kropf führte er auf einen Mangel von Jod zurück.

1890 heiratete Wagner-Jauregg Balbine Frumkin, geb. Goldstein, eine ehemalige Patientin, die wegen Morphiumsucht bei ihm in Behandlung gewesen war. Sie brachte eine Tochter – Melanie – in die Ehe mit. 1900 wurde die gemeinsame Tochter Julia geboren. 1902/03 trennte sich das Paar. (Scheidung war nach damaligem Recht nicht möglich). Balbine zog mit Tochter Julia in eine eigene Wohnung, Stieftochter Melanie blieb bei Wagner-Jauregg. 1902 lernte Wagner-Jauregg Anna Koch kennen. Sie arbeitete als Betreuerin für Patienten mit Depressionen. 1903 wurde der gemeinsame Sohn Theodor geboren. 1924, nach dem Tod von Balbine, heiratete Wagner-Jauregg Anna Koch; sein Sohn konnte nun legitimiert werden.

⁴ Griesinger, Pathologie und Therapie. zit. bei: Dörner, Bürger und Irre, 298.

Julius Wagner-Jauregg stellte sich 1919 als Mitglied der „Kommission zur Erhebung militärischer Pflichtverletzungen“ zur Verfügung, die durch die Provisorische Nationalversammlung eingerichtet worden war.⁵ Den Vorsitz führte Univ.Prof. Alexander Löffler (Strafrecht), weitere Mitglieder waren Prof. Julius Tandler, Hugo Schulz, Schriftleiter der Arbeiter-Zeitung, und der Rechtsanwalt J. Freundlich.⁶ Aufgrund einer Artikelserie in der Wochenzeitung „Der freie Soldat“, in der Wagner-Jauregg beschuldigt wurde, „mit Hilfe von Qualen das Aufgeben der angeblichen Simulation zu erpressen“⁷, stellte Wagner-Jauregg seine Funktion in der Kommission ruhend. Die Kommission sprach ihn von den Vorwürfen frei, nicht zuletzt aufgrund einer Stellungnahme von Sigmund Freud.⁸ Wagner-Jauregg schied danach auf eigenen Wunsch aus der Kommission aus.⁹

1919 bis 1932 war Wagner-Jauregg Vizepräsident der Gesellschaft der Ärzte Wiens. Er gehörte in der Folge zum Beraterkreis von Bundespräsident Michael Hainisch, den dieser zu Beginn der 1920er Jahre zur Diskussion sozial- und gesundheitspolitischer Fragen um sich versammelt hatte und aus dem in der Folge die Österreichische Gesellschaft für Volksgesundheit entstand.¹⁰ Aus diesem Umfeld stammten auch die Initiatoren zur Gründung des Österreichischen Bundes für Volksaufartung und Erbpflege. (s. u.). 1927 erhielt Wagner-Jauregg für seine Arbeiten zur Behandlung der progressiven Paralyse (Malariatherapie) den Nobelpreis für Physiologie oder Medizin verliehen. 1928 emeritierte Wagner-Jauregg als Professor für Psychiatrie und Neuropathologie und Vorstand der Psychiatrischen Klinik. Die Funktion im Obersten Sanitätsrat übte er weiter aus. Er führte auch seine Praxis weiter und publizierte weiterhin in der Wiener Klinischen Wochenschrift.

1928 wurde in Wien der Österreichische Bund für Volksaufartung und Erbkunde gegründet (nach dem Vorbild des deutschen Bundes für Volksaufartung und Erbkunde, 1925).

Vorsitzender wurde Julius Wagner-Jauregg.¹¹ In den leitenden Gremien des Bundes, Vorstand und wissenschaftlicher Beirat, waren vor allem Sozialdemokraten, Sozialliberale und Deutschnationale vertreten. Der Bund hatte sein Gegenstück in der völkisch-deutschnationalen, offen antisemitischen Wiener Gesellschaft für Rassenpflege (Rassenhygiene).¹² Ab Mitte der 1930er Jahre wurden krankheitsbedingte Beschwerden intensiver und häufiger, sodass

⁵ Eissler, Freud und Wagner-Jauregg, 24.

⁶ Ebenda.

⁷ Zit. Ebenda, 26.

⁸ Ebenda, 52–54.

⁹ Ebenda, 27.

¹⁰ Hofmann/Kepplinger/Marckhgott/Reese, Gutachten Wagner-Jauregg, 55.

¹¹ Ebenda, 50–52.

¹² Ebenda, 50.

Wagner-Jauregg sehr zurückgezogen lebte. Aufgrund einer Herzkrankheit sah er sich gezwungen, eine Reise nach Edinburgh zur Verleihung des Cameron-Preises durch die dortige Universität abzusagen.

Am 21. April 1940 beantragte Wagner-Jauregg seine Aufnahme in die NSDAP, indem er einerseits den „Personal-Fragebogen zum Antragschein auf Aufnahme in die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ ausfüllte.¹³ Die Frage nach früheren Mitgliedschaften bei der NSDAP oder angeschlossenen Verbänden beantwortete er: „Ich weiß nicht, ob die Mitgliedschaft bei der ehemaligen Großdeutschen Volkspartei in diesem Zusammenhang eine Bedeutung hat?“ Die Tatsache, dass seine erste Frau Jüdin war, wurde durch Markierung eines Bearbeiters hervorgehoben. Am selben Tag unterschrieb Wagner-Jauregg auch das eigentliche Antragsformular auf Parteimitgliedschaft. In der Folge teilte das „Hauptmitgliedsamt – Schiedsamt“ dem „Arbeitsgebiet VI“ am 10. Oktober 1940 mit: „Mit Laufschreiben Nr. 6168 vom 10.10.40 beantragt die Gauleitung Wien Aufnahme des Vg. Wagner-Jauregg Dr. Julius geb. 7.3.57 mit Wirkung vom ---. Aufnahme wurde zurückgestellt wegen Rasse.“ Aufgrund des Todes von Wagner-Jauregg wurde der Aufnahmeantrag unbearbeitet zu den Akten genommen.¹⁴ Julius Wagner-Jauregg starb am 27. September 1940 in Wien.¹⁵

Leistungen

Julius Wagner-Jaureggs Ruf in der Nachwelt gründet sich vor allem auf zwei Forschungsergebnisse, nämlich zum einen auf dem Nachweis eines kausalen Zusammenhangs zwischen Jodmangel und der Entstehung eines Kropfes (Struma). Aufgrund dieser Erkenntnisse wurde in Österreich 1923 die Jodierung des Kochsalzes verfügt.¹⁶

Zum anderen war es die Entwicklung einer Therapie zur Behandlung der Progressiven Paralyse, des Spätstadiums der Syphilis, für die Wagner-Jauregg 1927 den Nobelpreis für Physiologie oder Medizin zuerkannt bekam.

Ehrungen

1925 Mitglied der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina

1927 Nobelpreis für Medizin oder Physiologie

1929 Ehrenmitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien

¹³ BArch Berlin, PK-Akte Wagner-Jauregg, Julius, geb. 7.3.1857.

¹⁴ Hofmann/Kepplinger/Marckhgott/Reese, Gutachten Wagner-Jauregg, 92.

¹⁵ Withrow, Julius Wagner-Jauregg, 285.

¹⁶ Ebenda, 187.

1935 Cameron-Preis der Universität Edinburgh

1936/37 Ehrendoktorat der Universität Wien (Dr. iur. h.c., Dr. phil. h.c.)

1937 Österreichisches Ehrenzeichen für Wissenschaft und Kunst

Problematische Aspekte

Forschung

Problematisiert wurde – schon 1919 – Wagner-Jaureggs Behandlung der so genannten „Kriegszitterer“, Soldaten, die durch die Belastungen an der Front ein psychisches Trauma erlitten hatten. Wagner-Jauregg setzte auf die so genannte Farado-Therapie, Anwendung von elektrischem Strom durch entsprechende Apparaturen („faradischer Schlitten“, „Pinselradisation“) an den betroffenen Körperteilen. Diese so genannte Kaufmann-Kur (nach ihrem Erfinder, dem Mannheimer Psychiater Fritz Kaufmann) sollte beim Patienten durch Schmerzerzeugung eine „Flucht in die Gesundheit“ auslösen. Die Kaufmann-Kur war eine der so genannten „heroischen Therapien“ der Zwischenkriegszeit, die durch Erzeugung physischer Schocks psychische Krankheiten heilen wollten.¹⁷

Wagner-Jauregg publizierte drei Artikel zu Fragen der Eugenik in der Wiener Klinischen Wochenschrift, und zwar 1929, 1931 und 1935. Eugenische Fragen werden auch in dem posthum 1941 (von seinem Sohn Theodor Wagner-Jauregg) herausgegebenen Werk „Über die menschliche Lebensdauer“ behandelt.

Antisemitismus

Wagner-Jauregg war antisemitisch eingestellt; ein Problem bei der Einschätzung seiner antisemitischen Einstellung besteht darin, dass praktisch keine authentischen Äußerungen zu politischen oder weltanschaulichen Themen zugänglich waren bzw. erhalten sind.¹⁸ Einzige Ausnahme ist das eigenhändige Manuskript seiner Lebenserinnerungen, das im Institut für Geschichte der Medizin in Wien verwahrt wird.¹⁹ Wagner-Jauregg sah die Verfassung seiner Lebenserinnerungen als Gehirntraining und Beschäftigung im Ruhestand; er verwahrte sich

¹⁷ Hierher gehörten auch die Cardiazol- oder Insulinschocktherapie, die durch die Gabe von Cardiazol bzw. Insulin zu einem hypoglykämischen Koma mit Todesangst führte.

¹⁸ Ein von Magda Withrow erwähntes Tagebuch, aus dem Theodor Wagner-Jauregg Eintragungen zur Verfügung stellte, konnte für diese Untersuchung nicht ausfindig gemacht werden. Siehe Withrow, Julius Wagner-Jauregg, 283.

¹⁹ Julius Wagner-Jauregg, Manuskript der Lebenserinnerungen. Institut für Geschichte der Medizin in Wien, HS 3290.

in der Einleitung ausdrücklich gegen eine Publikation. Trotzdem wurden diese Lebenserinnerungen von seinem Schüler Schönbauer 1950 in Buchform herausgegeben und redaktionell bearbeitet.²⁰ Schönbauers Redaktion fielen vor allem die antisemitischen Äußerungen zum Opfer, die unten wiedergegeben werden.

Rezeption

Im Folgenden sollen Geschichte und Verlauf der Diskussion der politischen und gesellschaftspolitischen Positionen von Julius Wagner-Jauregg seit 2003, der Auseinandersetzung um die Ehrengräber der Stadt Wien auf dem Zentralfriedhof, in ihren Grundzügen nachgezeichnet werden. In dieser Auseinandersetzung setzte sich letztlich die Position des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstands (DÖW) durch, die vom damaligen Leiter Wolfgang Neugebauer und dem Mitarbeiter des DÖW, Peter Schwarz, formuliert und von Prof. Hubenstorf (damals Institutsvorstand des Instituts für Geschichte der Medizin) unterstützt wurde.

So wurden in den Arbeiten der wissenschaftlichen Kommissionen, die zur Namhaftmachung und Beurteilung problematischer Straßenbenennungen in verschiedenen österreichischen Städten eingesetzt wurden und Empfehlungen für den Umgang mit diesen Benennungen erarbeiten sollten, wie in Wien (Endbericht 2013) und Graz (Endbericht 2018), die Einschätzungen von Neugebauer, Schwarz und Hubenstorf bezüglich Julius Wagner-Jauregg ungeprüft und unhinterfragt übernommen. Die Linzer Expertenkommission, vom damaligen Landeshauptmann Pühringer berufen, kam zu differenzierteren Ergebnissen und wurde von Neugebauer und Schwarz beschuldigt, Wagner-Jaureggs Einstellungen zu verharmlosen und apologetisch zu rechtfertigen.²¹

Der Ausgangspunkt der Auseinandersetzung

Im September 2003 beschloss der Wiener Gemeinderat mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und Grünen die Einsetzung einer Historikerkommission unter der Leitung des Wiener Restitutionsbeauftragten Kurt Scholz. Die Aufgabe der Kommission sollte es sein, die Personen, denen von der Stadt Wien in der NS-Zeit ein Ehrengrab errichtet worden war, auf eine allfällige NS-Belastung zu überprüfen.

²⁰ Wagner-Jauregg, Lebenserinnerungen, IV.

²¹ Wagner-Jauregg im Spannungsfeld.

Der Anlassfall für dieses Vorgehen war die Aberkennung des Ehrengrabes von Walter Nowotny, Kampfflieger der Deutschen Wehrmacht und Nationalsozialist, die zu heftigen Debatten im Wiener Gemeinderat geführt hatte, wobei die Frontstellung zwischen der FPÖ, die gegen eine Aberkennung eintrat, und den anderen Fraktionen (SPÖ, ÖVP, Grüne) verlief.

Die mediale Diskussion um die Arbeit dieser Historikerkommission konzentrierte sich in der Folge vor allem auf eine Person, den Psychiater und Nobelpreisträger Julius Wagner-Jauregg, der 1940 in einem Ehrengrab der Gemeinde Wien beigesetzt worden war.

Für Kommissionsmitglied Wolfgang Neugebauer, bis Dezember 2004 Leiter des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstands, schien die Situation relativ klar: „Er [Wagner Jauregg] war ein Rassenhygieniker, der dieses Gedankengut in Österreich massiv propagiert hat“, wird Neugebauer in einem Interview zitiert.²² Der „Standard“ brachte unter dem Titel „Nobelpreisträger Wagner-Jauregg als Nazi enttarnt“ folgende Mitteilung:

„Julius Wagner-Jauregg galt als einer der bedeutendsten Mediziner des 20. Jahrhunderts und wurde für seine Verdienste 1927 mit dem Nobelpreis ausgezeichnet. Nachdem eine Historikerkommission herausgefunden hat, dass er schon unter dem Schuschnigg-Regime zu den Nazis gestoßen ist und seine medizinischen Kenntnisse in den Dienst der ‚Rassenhygiene‘ gestellt hat, verlangen nun die Grünen, dass sein Ehrengrab aufgehoben wird. Auch der Restitutionsbeauftragte Kurt Scholz ist dafür.“²³

In der „Presse“ schrieb Rainer Nowak: „Zuletzt sorgte die Kommission für Aufregung, als sie Flecken auf der Karriere des Mediziners und Nobelpreisträgers von 1927, Julius Wagner-Jauregg, entdeckte. Während der NS-Zeit tat er sich als Rassenhygieniker und NS-Ideologe hervor.“²⁴

Die Wiener Grünen forderten in der Folge eine Umbenennung des Wagner-Jauregg-Weges und des Wagner-Jauregg-Hofes in der Lustkandlgasse.²⁵ Im Gemeinderat der Stadt Graz stellte Gemeinderat Getzinger (SPÖ) eine Anfrage, die Benennung einer Straße und eines Platzes nach Wagner-Jauregg zu prüfen:

„Mittlerweile ist Prof. Julius Wagner-Jauregg jedoch nicht mehr nur im Hinblick auf seine medizinischen Arbeiten im Blickpunkt, auch seine Beziehungen zum Nationalsozialismus sorgen mittlerweile für Diskussionsstoff. So gilt Wagner-Jauregg auch als vehementer Kämpfer für die von den Nazis eingeführte Zwangssterilisation. Und obwohl ihm das NS-Konzept der Rassenhygiene bekannt war, beantragte er 1940 seine Aufnahme in die NSDAP. Diese Umstände haben mittlerweile dazu geführt, dass in der Stadt Wien nunmehr eine Kommission unter der Leitung des Restitutionsbeauftragten Dr. Kurt Scholz [...]

²² Nina Horaczek, Ein aufrechter Deutscher. In: Falter 3/2004 vom 14. Jänner 2004.

²³ Der Standard vom 14. Jänner 2004, 7; siehe auch: Rassentheoretiker und Ehrenbürger. In: Der Standard vom 31. Jänner 2004/Album, 2.

²⁴ Rainer Nowak, Ehrengräber: Keine ewige Ruhe. In: Die Presse vom 23. Jänner 2004.

²⁵ Nobelpreisträger Wagner-Jauregg als Nazi enttarnt. In: Der Standard vom 14. Jänner 2004, 7.

entscheiden muss, ob Wagner-Jauregg angesichts dieser Vergangenheit überhaupt ein Ehrenggrab auf dem Wiener Zentralfriedhof zusteht. Klarheit darüber schaffen soll dabei ein Gutachten von Univ.Prof. Dr. Michael Hubenstorf, dem Vorstand des Instituts für Geschichte der Medizin der Universität Wien. [...] Sollte sich die Vergangenheit des Nobelpreisträgers Julius Wagner-Jauregg als derart bedenklich erweisen, sollte wohl auch in Graz die entsprechende Platz- und Straßenbezeichnung überdacht werden [...]“²⁶

In Oberösterreich forderten Grüne und KPÖ eine Namensänderung der Landes-Nervenklinik Wagner-Jauregg. Der grüne Klubobmann Gunther Trübswasser bezog in einer Presseaussendung Position: „Wenn ein Mediziner wie Wagner-Jauregg Ziele der Eugenik und der Rassereinheit verfolgt hat, die in letzter Konsequenz zu Euthanasie und den Morden in Hartheim geführt haben, darf er nicht Namensgeber einer modernen und aufgeschlossenen Psychiatrie sein.“²⁷ Der Sprecher des oberösterreichischen „Netzwerkes gegen Rassismus und Rechtsextremismus“, Robert Eiter, erweiterte die Begründung dieser Forderung um eine zusätzliche Dimension:

„Man muss bedenken, dass während der NS-Zeit in der heutigen Landesnervenklinik Behinderte ermordet wurden. Es wäre eine Verhöhnung dieser Opfer, wenn die Klinik nach einem überzeugten Nationalsozialisten und ‚Rassenhygieniker‘ benannt bliebe.“²⁸

Landeshauptmann Pühringer reagierte mit der Einsetzung einer Expertenkommission, die die Frage einer allfälligen nationalsozialistischen Belastung Wagner-Jaureggs sowie seine Positionen in den inkriminierten Bereichen Eugenik bzw. Rassenhygiene klären sollte.²⁹

Die Kritik an Wagner-Jauregg wurde in den Medien um die während des Ersten Weltkriegs durchgeführten Behandlungen an „Kriegsneurotikern“ ergänzt:

„Der Mediziner hatte Menschenversuche durchgeführt und im 1. Weltkrieg Soldaten mit Kriegsneurosen durch Stromstöße gequält. Die medizinisch völlig ineffiziente Behandlung hatte einen politischen Zweck. Soldaten mit Kriegsneurosen wurde eine ‚Flucht in die Krankheit‘ unterstellt. Die Behandlung mit Stromstößen sollte sie davon abhalten.“³⁰

Der Autor des zitierten Kurier-Artikels bezieht sich auf ein Gespräch mit dem Vorstand des Instituts für Geschichte der Medizin der Medizin-Uni Wien, Michael Hubenstorf, der zu dieser Problematik weiter ausführte:

²⁶ Anfrage der SPÖ-Gemeinderatsfraktion, Protokoll der Sitzung des Grazer Gemeinderates vom 15.1.2004, 30 f.

²⁷ Zit. in: Neuer Name für „Wagner-Jauregg“. In: Kurier vom 5. März 2004.

²⁸ Neuer Name für „Wagner-Jauregg“. In: Kurier vom 5. März 2004.

²⁹ Hans Hoffmann, ehem. Leiter der Landes-Nervenklinik Wagner-Jauregg, Brigitte Kepplinger, Universität Linz, Gerhart Marckhgott, Leiter des OÖ Landesarchivs, Hartmut Reese, Leiter des Lern- und Gedenkortes Schloss Hartheim.

³⁰ Andreas Anzenberger, Nobelpreis für Menschenversuche. In: Kurier vom 12. Mai 2004.

„Man kann es sich natürlich einfach machen und sagen, das ist damals als wissenschaftlich angesehen worden“, wendet sich Hubenstorf gegen Verharmlosung. Dazu kommt, dass Wagner-Jauregg während der Nazizeit Psychiatriepatienten als Versuchskaninchen für seine Malariaexperimente benutzt hat. „Derartige Menschenversuche würden heute niemals zugelassen“, lautet Hubenstorfs Resümee.“³¹

Im Endbericht der Wiener Historikerkommission zur Frage der Ehrengräber wurden von den 76 Ehrengräber-Widmungen der NS-Zeit 66 als unbedenklich beurteilt, acht Gräbern sollte dieser Status aberkannt werden. Im Fall des Fußballers und Mitglieds des österreichischen „Wunderteams“, Matthias Sindelar, der ein arisiertes Kaffeehaus billig erworben hatte, trat die Kommission für eine Beibehaltung des Ehrengrabes ein.

„Es sei zwar ‚nicht ehrenvoll, von einer Arisierung zu profitieren‘, was im Fall des Sportlers der Fall gewesen sei, so der Historiker Wolfgang Neugebauer. Aber Sindelar sei kein Nazi-Sympathisant gewesen und seine fußballerischen Erfolge ‚Teil der österreichischen Identität‘.“³²

Im Fall Wagner-Jauregg, der von der Historikerkommission nicht abschließend beurteilt worden war, kündigte Kurt Scholz folgende Vorgangsweise an: Man „werde zunächst die Veröffentlichung seiner autobiografischen Schriften abwarten, was frühestens in zwei bis drei Jahren der Fall sei.“³³ Die Erstellung eines ausführlichen Gutachtens durch Michael Hubenstorf, wie es die Historikerkommission angeregt hatte, war nicht zustande gekommen, weil sich die Gemeinde Wien nicht dazu entschließen konnte, einen entsprechenden Forschungsauftrag zu finanzieren.³⁴

Die Einschätzung von Wagner-Jauregg als NS-Eugeniker und Rassenhygieniker, wie sie in den Medien verbreitet worden war, hat mittlerweile auch in wissenschaftliche Publikationen Eingang gefunden, wie etwa in eine Arbeit über die Krankenpflege in der NS-Zeit. Hier heißt es:

„Was den Namensträger der Linzer ‚Landes-Nervenklinik‘ – Wagner-Jauregg – betrifft, so sind der historischen Forschung länger schon historisch belastende Befunde bekannt, über die nun zunehmend auch die Öffentlichkeit informiert wird: Der Arzt und Nobelpreisträger Julius Wagner-Jauregg (1857–1940) vertrat nicht nur früh die Ideologie des Nationalsozialismus, sondern trat auch als Vordenker der todbringenden rassenhygienischen Propaganda und in der NS-Zeit als ‚Rassenhygieniker‘ in Erscheinung.“³⁵

³¹ Andreas Anzenberger, Nobelpreis für Menschenversuche. In: Kurier vom 12. Mai 2004.

³² Neuzuwachs bei Ehrengräbern. In: Kurier vom 7. April 2005.

³³ Ebenda. Die Hoffnung auf einen wesentlichen Erkenntnisgewinn, den eine solche Neuauflage der Autobiographie Wagner-Jaureggs erbringen soll, ist nicht ohne weiteres nachzuvollziehen. Siehe hierzu den entsprechenden Abschnitt im Kapitel Textanalyse.

³⁴ Andreas Anzenberger, Nobelpreis für Menschenversuche. In: Kurier vom 12. Mai 2005.

³⁵ Fürstler/Malina, Ich tat nur meinen Dienst, 229.

Wagner-Jaureggs Position in der österreichischen eugenischen Bewegung: Zur Entwicklung eugenischen Denkens in Österreich

In den späten neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts begann in der Habsburger Monarchie, konkret in Wien, die Auseinandersetzung mit Sozialdarwinismus und Eugenik. Die Milieus, in denen diese Diskussionen geführt wurden, wurden einerseits definiert durch die intellektuellen Führer der sich formierenden Sozialdemokratie, andererseits durch bürgerliche Sozialliberale, die dem deutschnationalen Lager nahestanden. Es existierten verschiedene intellektuelle Zirkel, in denen sich Vertreterinnen und Vertreter der verschiedenen politischen Richtungen zusammenfanden, um aktuelle gesellschaftspolitische Fragen zu diskutieren. Die Lagergrenzen zwischen den Gruppierungen, die sich als Opposition zum herrschenden politischen System der Habsburger Monarchie sahen, waren noch nicht scharf gezogen, sodass eine relativ große Schnittmenge an gemeinsamen Positionen auszumachen ist.

Einer dieser Zirkel war die Wiener Fabier Gesellschaft, die nach dem Vorbild der 1883 gegründeten britischen Fabian Society 1893 in Wien ins Leben gerufen wurde. Die Fabian Society setzte sich für die Realisierung des Sozialismus auf evolutionärem Weg ein; auf der Basis einer Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und der sozialen Versorgung sollte die Gesellschaft in Richtung Sozialismus umgestaltet werden. Die Fabian Society verstand sich nicht als Massenpartei, sondern als intellektuelle, elitäre Institution. Ein wesentliches Element ihrer Strategie war die Gewinnung von Meinungsträgern, von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und angesehenen Akademikern. „Die Fabier verstanden sich nicht so sehr als Rebellen gegen eine bestehende Ordnung, sondern als Sozial-Ingenieure, für die der Sozialismus in erster Linie auf einer rationalen Lenkung der Gesellschaft durch eine aufgeklärte administrative Führung aufbauen sollte.“³⁶ Zu ihren berühmtesten Mitgliedern gehörten Sidney und Beatrice Webb, George Bernard Shaw und H.G. Wells. Integraler Bestandteil der von den Fabiern befürworteten Sozialtechnologien war die Eugenik. In den Werken von G.B. Shaw³⁷ und vor allem von H.G. Wells wurden immer wieder eugenische Themen aufgegriffen und popularisiert, wobei vor allem die Bücher von H.G. Wells Bestseller waren.³⁸

Die Wiener Fabier Gesellschaft wurde von Michael Hainisch, Otto Wittelshöfer, Engelbert Pernerstorfer und Richard Faber initiiert,³⁹ zu ihren Mitgliedern gehörten unter anderem Max von Gruber, Julius Ofner und Heinrich Friedjung.⁴⁰ 1899 hielt Michael Hainisch einen Vortrag

³⁶ Niemann-Findeisen, *Weeding the Garden*, 9 f.

³⁷ Etwa: *Mensch und Übermensch* (1903).

³⁸ Etwa „*Die Zeitmaschine*“ oder „*Die Insel des Dr. Thoreau*“.

³⁹ Siehe Holleis, *Die Sozialpolitische Partei*, 10 f.

⁴⁰ Siehe Hainisch: *75 Jahre aus bewegter Zeit*. 1126 f.

unter dem Titel: „Der Kampf ums Dasein und die Sozialpolitik“, der als Broschüre publiziert wurde.⁴¹ Hainisch setzt sich hier mit dem Sozialdarwinismus auseinander und erweist sich als Kenner der aktuellen Literatur zu dieser Thematik; der Tenor seiner Ausführungen ist, dass Darwins Erkenntnisse nur sehr bedingt auf die Gesellschaft übertragen werden können.

Die Wiener Fabier Gesellschaft, die sich als intellektuelle Diskussionsrunde verstand, schuf sich in Zusammenwirken mit ehemaligen Mitgliedern der Liberalen Partei Ende 1893 eine politische Organisation: den Sozialpolitischen Verein.⁴² Im Zentrum seiner Forderungen stand das allgemeine Wahlrecht, und der Sozialpolitische Verein kandidierte als Sozialpolitische Partei 1896 erstmals bei den Wahlen zum Niederösterreichischen Landtag.⁴³ Kandidaten waren unter anderem Eugen von Philippovich, Ferdinand Kronawetter, Julius Ofner und Max von Gruber.

In diesem Zusammenhang ist die Person Max von Grubers von besonderem Interesse: Er ist der junge Arzt Berthold Stauber, der in Schnitzlers Schlüsselroman „Der Weg ins Freie“ seinem Vater das eugenische Programm vorstellt, das er in der öffentlichen Gesundheitspflege realisiert sehen will.⁴⁴ In einem Vortrag zum Problem der Prostitution, den Gruber 1900 im Sozialwissenschaftlichen Bildungsverein an der Wiener Universität hielt, und in dem er sich vor allem mit den Auswirkungen der Syphilis auseinandersetzt, weist er auf die Notwendigkeit hin, „durch Regelung, und das heißt Beschränkung der Volksvermehrung, durch bewusste Zuchtwahl, durch Ausschluss der Untauglichen und Minderwertigen von der Fortpflanzung jene Auslese vernunftgemäß herbeizuführen [...], die die Natur mit einer so ungeheuren Verschwendung von Keimen mechanisch besorgt.“⁴⁵ Max von Gruber war ab 1891 Professor für Hygiene an der Universität Wien und Leiter des Hygiene-Instituts.⁴⁶ 1902 erhielt er einen Ruf an die Universität München und übernahm 1907 auf Anfrage von Alfred Ploetz den Vorsitz der neugegründeten Ortsgruppe München der Deutschen Gesellschaft für Rassenhygiene, eine Funktion, die er bis zu seinem Tod innehatte.⁴⁷ Er war einer der Lehrer und

⁴¹ Hainisch: Der Kampf ums Dasein. Das Exemplar, das sich in meinem (BK) Besitz befindet, trägt die Widmung: „Herrn Dr. Ellenbogen zur fr. Erinnerung der Verfasser“ Wilhelm Ellenbogen, 1863 geboren, war Arzt und von 1901–1918 sozialdemokratischer Reichsratsabgeordneter, 1918–1934 Parlamentsabgeordneter (Prov. NV, Konst.NV, Nationalrat), 1938 Emigration.

⁴² Siehe Holleis, Die Sozialpolitische Partei, 14.

⁴³ Ebenda, 14 f.

⁴⁴ Schnitzler, Der Weg ins Freie, 373 f.

⁴⁵ Gruber, Die Prostitution, 37.

⁴⁶ Siehe Hainisch, Lebenserinnerungen, 382 (Register).

⁴⁷ Ploetz: Nachruf Max von Gruber, 1.

Förderer des Anatomen und späteren sozialdemokratischen Stadtrates von Wien, Julius Tandler sowie der Sozialhygieniker Ignaz Kaup und Heinrich Reichel, die sich zu profilierten Eugenikern entwickeln sollten.⁴⁸

Im Umkreis des Sozialpolitischen Vereins, der Sozialdemokratischen Partei mit ihrem in den Jahren nach 1900 entstehenden Vereinswesen sowie in der 1907 von Max Adler, Karl Renner, Josef Redlich, Wilhelm Jerusalem und Rudolf Goldscheid gegründeten Soziologischen Gesellschaft⁴⁹ wurden immer wieder auch eugenische Thematiken diskutiert, ohne dass diese die sozialpolitische Diskussion dominiert hätten. (Alfred Ploetz erwähnt in seinem Nachruf auf Max von Gruber, er hätte dessen Bekanntschaft 1902 in Wien gemacht, als er auf „Einladung der Wiener Gesellschaft für Soziologie“⁵⁰ einen Vortrag über Rassenhygiene hielt. Da die Soziologische Gesellschaft erst 1907 gegründet wurde, liegt die Vermutung nahe, dass Ploetz diese mit dem Sozialpolitischen Verein verwechselt.) In dem 1905 gegründeten Arbeiter-Absinenten-Bund waren eugenische Ideen von Anfang an präsent, so etwa erschien im Gründungsjahr im Vereinsorgan „Der Abstinente“ die Zukunftsvision einer durch den verbreiteten Alkoholkonsum weitgehend degenerierten Bevölkerung; mindestens die Hälfte der „geistig und körperlich Minderwertigen“ gingen auf das Konto des Alkohols und des „unverantwortlichen Erbverhaltens“.⁵¹ Sein Vorsitzender, der Physiologe und Neurologe Rudolf Wlassak, studierte in den 1880er Jahren in Zürich (zusammen mit Alfred Ploetz und Agnes Blum), und gehörte als Dozent zum Kreis um Auguste Forel, mit dem ihn das Engagement für die Abstinentenbewegung verband.⁵² Wlassak wurde 1922 Leiter der neu gegründeten Trinkerheilstätte „Am Steinhof“.⁵³

1910 erschien Galtons „Hereditary Genius“ unter dem Titel „Genie und Vererbung“ in deutscher Sprache. Diese Übersetzung muss in diesem Kontext erwähnt werden, weil sie von Otto Neurath und seiner Frau Anna Schapire-Neurath stammte. Neurath, geboren 1882, war Soziologe, Nationalökonom und Philosoph und bewegte sich in der Ersten Republik als Mitglied des positivistischen „Wiener Kreises“ im „Umfeld des Austromarxismus“.⁵⁴ 1911 veröffentlichte Rudolf Goldscheid sein Buch „Höherentwicklung und Menschenökonomie“, das vom „Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie“ scharf kritisiert wurde, andererseits für

⁴⁸ Siehe Byer, Rassenhygiene und Wohlfahrtspflege, 70.

⁴⁹ Siehe Hainisch, Lebenserinnerungen, 162.

⁵⁰ Ploetz, Nachruf Max von Gruber, 1.

⁵¹ Zit. bei Byer, Rassenhygiene und Wohlfahrtspflege, 46.

⁵² Siehe Weingart/Kroll/Bayertz: Rasse, Blut und Gene, 189.

⁵³ Stichwort Rudolf Wlassak. https://de.wikipedia.org/wiki/Rudolf_Wlassak (11.9.2022).

⁵⁴ Glaser, Im Umfeld des Austromarxismus.

sozialdemokratische Politiker wie Julius Tandler zu einer wesentlichen Grundlage ihres Weltbildes werden sollte.

Wenn es auch in Österreich vor 1918 keine eugenische Organisation (analog der Deutschen Gesellschaft für Rassenhygiene) gab, so existierten doch vielfältige Kontakte von österreichischen Persönlichkeiten zur Deutschen Gesellschaft für Rassenhygiene, die vor allem über Alfred Ploetz vermittelt waren.⁵⁵ Ploetz konnte auch Michael Hainisch, den späteren Bundespräsidenten, als Mitglied für die Deutsche Gesellschaft für Rassenhygiene gewinnen, wie auch den Wiener Univ. Prof. für Pathologie, Anton Weichselbaum.⁵⁶ Julius Tandler hielt 1913 in der Deutschen Gesellschaft für Rassenhygiene in München einen Vortrag zum Thema „Konstitution und Rassenhygiene“⁵⁷, wurde aber trotz der Bemühungen von Alfred Ploetz nicht Mitglied.⁵⁸ Der medizinische Psychologe Rudolf Allers, der von 1909 bis 1918 Assistent in München war und 1918 Abteilungsvorstand am Physiologischen Institut der Universität Wien wurde,⁵⁹ schrieb während seiner Münchener Zeit über 100 Rezensionen für das „Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie“, unter anderem über die Arbeit von Julius Tandler und Siegfried Groß: „Untersuchungen an Skopzen“. Bei dieser Sekte war die Kastration aus religiösen Gründen üblich; Allers beurteilte die Ergebnisse der Untersuchung als sehr wertvoll im Hinblick auf den Einsatz „einer Kastration zu Rassenzwecken.“⁶⁰

So bildeten sich schon vor 1918, vor allem in Wien, intellektuelle Milieus, die dem Konzept der Eugenik im weitesten Sinn interessiert gegenüberstanden und dieses Interesse in der Ersten Republik in organisatorische Formen brachten. Politisch standen diese Milieus den Deutschfreiheitlichen bzw. Deutschliberalen und der Sozialdemokratie nahe; gemeinsam war ihnen ihre Ablehnung des völkischen Antisemitismus der Schönerianer und des Katholizismus und Konservatismus, der das politische System der Habsburger Monarchie prägte.

Eugenische Organisationen in Österreich (1918–1938)

Die Konstitution eugenischer Organisationen in Österreich ist vor dem Hintergrund der grundlegenden Veränderungen, die die österreichische Gesellschaft durch den Ersten Weltkrieg erfuhr, zu sehen. Die Menschenverluste des Krieges hatten tiefgreifende Auswirkungen

⁵⁵ Siehe hierzu Weindling, *Health, Race and German Politics*, 189.

⁵⁶ Ebenda, 150.

⁵⁷ Byer, *Rassenhygiene und Wohlfahrtspflege*, 69.

⁵⁸ Weindling, *Health, Race and German Politics*, 150.

⁵⁹ Zu den biographischen Daten siehe Hubenstorf, *Österreichische Schulen der Psychiatrie und Neurologie*, 408.

⁶⁰ Allers, *Julius Tandler*, 824.

auf die Struktur der Bevölkerung. Die materielle Not der Nachkriegszeit, der Mangel an allen Gütern des täglichen Bedarfs führten zu Unterernährung und Krankheiten. Die Gründung der Österreichischen Gesellschaft für Bevölkerungspolitik im Jahr 1917 ist nicht als Maßnahme zur Installierung eugenischer Politik zu interpretieren, sondern als Versuch, eine Plattform zu schaffen, von der aus die durch Krieg und Nachkriegszeit schwer beeinträchtigte Bevölkerung durch verschiedene Maßnahmen quantitativ wie qualitativ auf ein höheres Niveau gebracht werden konnte. Der stellvertretende Vorsitzende Wilhelm Hecke definierte die Aufgaben der Bevölkerungspolitik folgendermaßen: „1. Vermehrung der Volkszahl. 2. Erhaltung der vorhandenen Menschenleben. 3. Verteilung der Bevölkerung.“⁶¹

Die Überzeugung von der Notwendigkeit bevölkerungspolitischer Maßnahmen war in allen politischen und sozialen Gruppierungen vorhanden; die Gründungsliste der Organisation illustriert dies. Unter den ca 150 Gründungsmitgliedern⁶² finden sich ehemalige Fabier wie Michael Hainisch, Julius Ofner und Josef Redlich, Eugenik-Sympathisanten wie Rudolf Allers, Sozialdemokraten wie Ludwig Czech, 1920–1938 Vorsitzender der DASP in der CSR, Ludo Moritz Hartmann, sozialdemokratischer Volksbildner, Benno Karpeles, Redakteur der „Arbeiter-Zeitung“ und Organisator der Konsumgenossenschaftsbewegung, Ludwig Teleky, Sozialhygieniker, Julius Tandler und Leo Verkauf; die Eugeniker Christian von Ehrenfels und Ignaz Kaup, Frauenrechtlerinnen wie Rosa Mayreder, Fanny Fürstin Starhemberg und Gertrude Gräfin Walterskirchen, sowie Ludwig von Mises, Ökonom und Gründer des Instituts für Konjunkturforschung (heute: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung), Othmar Spann, Geschichtsphilosoph und entschiedener Gegner des Marxismus, Erwin Stransky, Psychiater und Schüler Julius Wagner von Jaureggs, Friedrich Wagner von Jauregg, Jurist und Bruder von Julius Wagner von Jauregg.

Vorsitzender wurde Viktor Mataja, Präsident der k.u.k. Statistischen Zentralkommission, sein Stellvertreter war Julius Tandler, Schriftführer Wilhelm Hecke, Regierungsrat in der k.u.k. Statistischen Zentralkommission.⁶³

Die Themen, mit denen sich die Österreichische Gesellschaft für Bevölkerungspolitik auseinandersetzte, waren Querschnittsmaterien, die auch eugenisch definiert werden konnten; aber auch hier ist es entscheidend vom gesellschaftlichen und politischen Kontext abhängig, welchen bevölkerungspolitischen Maßnahmen Priorität eingeräumt wird. Wilhelm Hecke

⁶¹ Hecke, Bevölkerungspolitische Aufgaben Österreichs, 2.

⁶² Zit. bei: Exner: Sozial- und Bevölkerungspolitik, 210–213.

⁶³ Hecke, Bevölkerungspolitische Aufgaben Österreichs, 1.

konkretisierte seine oben genannten Hauptaufgaben der Bevölkerungspolitik folgendermaßen: Die Bekämpfung des Geburtenrückgangs sollte durch Maßnahmen wie „Mutterschaftsversicherung, Elternschaftsversicherung, Junggesellensteuer, Abstufung der Beamtenbezüge nach dem Familienstande, neben den allgemeinen Vorsorgen für Wohnungen, Preise, überhaupt Ausdehnung der Sozialversicherung unter steter Bedachtnahme auf die Erleichterung der Kinderaufzucht“⁶⁴ erreicht werden, obwohl Hecke einräumt, „dass sich das Streben nach Fortpflanzung nicht durch wirtschaftliche Begünstigungen, Steuererleichterungen usw. hervorbringen lässt.“⁶⁵ Den zweiten Aufgabenbereich – „Erhaltung der vorhandenen Menschenleben“ – sieht Hecke durch „Mutterschutz, Wöchnerinnenunterstützung [...]“ und „Bekämpfung der Volksseuchen, die wahllos Schwache und Kräftige dahinraffen, wie namentlich die Tuberkulose, oder den Nachwuchs schädigen oder hindern, wie die Geschlechtskrankheiten.“⁶⁶ Die dritte Hauptaufgabe, die Hecke als „Verteilung der Bevölkerung“ bezeichnet, wurde generiert durch den Zusammenbruch der Monarchie und die dadurch induzierten Wanderungsbewegungen. Der neue Staat Österreich „muss seinen Bestand festigen durch zweckmäßige Leitung und Lenkung der Auswanderung und Binnenwanderung, durch strafere Zusammenfassung der Staatskräfte unter einheitlicher Verwaltung.“⁶⁷

Der stellvertretende Vorsitzende Julius Tandler veröffentlichte 1924 eine Studie zur Bevölkerungspolitik, deren theoretischer Hintergrund einerseits durch Goldscheids Konzept der Menschenökonomie, andererseits durch eugenische Auffassungen geprägt war.⁶⁸

Deutlich sind die Anlehnungen an Goldscheid auszumachen:

„Humanität und Gerechtigkeit befehlen uns, auch für die Alten und Gebrechlichen, für die Siechen, für die Irren zu sorgen. Der größte Teil dieser Ausgaben ist unproduktiv, ist rein humanitär. Das Wohlfahrtsbudget eines Landes ist erst dann vom Standpunkt der Bevölkerungspolitik in Ordnung, wenn die produktiven Ausgaben die humanitären überwiegen. Soweit sind wir leider in Wien noch lange nicht. Das gesamte Wohlfahrtsbudget der Gemeinde Wien für das Jahr 1923 umfasst rund 357 Milliarden, davon 156 Milliarden produktive, 201 humanitäre Ausgaben. [...] Rund 44 Milliarden kostet die Irrenpflege, gewiss nicht produktiv und umso irrationaler als ein Großteil der Menschen, die in den Irrenanstalten ihr Leben verbringen, dorthin kommen auf Grundlage jener Schädigungen, welche sie sich selbst erworben haben, durch Syphilis und Alkohol oder welche ihnen die Eltern mitgegeben haben, die selbst dem Trunke ergeben oder der Syphilis verfallen waren. Sie büßen die Sünden ihrer Väter. Aber nicht nur sie büßen, sondern alle Kinder Wiens büßen die Sünden dieser Väter. nehmen wir an, dass es gelänge, durch vernünftige bevölkerungspolitische Maßregeln die Zahl der Irrsinnigen auf die Hälfte herabzusetzen, so

⁶⁴ Hecke, Bevölkerungspolitische Aufgaben Österreichs, 2 f.

⁶⁵ Ebenda, 3.

⁶⁶ Ebenda, 3 f.

⁶⁷ Ebenda, 6.

⁶⁸ Tandler, Ehe und Bevölkerungspolitik.

dass wir nur 22 Milliarden ausgeben müssten, so wäre es möglich, rund 70.000 Kinder, also nahezu 1/3 aller Schulkinder Wiens durch 4 Wochen in Ferienerholung zu halten.“⁶⁹

1926 brachte Tandler diese Vorstellungen in einem Vortrag in der Österreichischen Gesellschaft für Bevölkerungspolitik zum Ausdruck.⁷⁰

Auch der spätere Rassenhygieniker Heinrich Reichel hielt Vorträge in der Österreichischen Gesellschaft für Bevölkerungspolitik.⁷¹

Die „Gesellschaft für Rassenhygiene“ in Österreich

Die erste österreichische Organisation mit explizit eugenischer Programmatik wurde 1923 in Linz gegründet: die Oberösterreichische Gesellschaft für Rassenhygiene. Erster Vorsitzender war Primar Dr. Richard Chiari, sein Stellvertreter war Regierungsrat Dr. Josef Starlinger, erster Schriftführer Landesregierungsassistent Gschwendtner, zweiter Schriftführer Dr. Schauburger, Kassier Ingenieur Hübl.⁷² Die Oberösterreichische Gesellschaft für Rassenhygiene übernahm die Grundsätze der Deutschen Gesellschaft für Rassenhygiene. Auf Grund des Anschlussverbotes im Staatsvertrag von St. Germain war eine formelle Verbindung mit der DGR jedoch nicht möglich, „es ist aber zu hoffen, dass die Zusammenarbeit mit der tatkräftigen Oberösterreichischen Gesellschaft für Rassenhygiene durch diesen formalen Umstand nicht wesentlich behindert werden wird.“⁷³

Der Vorsitzende, Primar Dr. Richard Chiari, war ab 1919 Leiter der Internen Abteilung des Allgemeinen Krankenhauses in Linz und übernahm später die ärztliche Leitung des Hauses. Er hatte in Wien studiert und arbeitete im Ersten Weltkrieg mit Heinrich Reichel an der russischen Front in der Seuchenbekämpfung zusammen. Er war Mitglied des Oberösterreichischen Sanitätsrates und Vorsitzender des OÖ Ärztevereins.⁷⁴ Nach einiger Zeit wurde der stellvertretende Vorsitz von Univ.Prof. Dr. Franz Ertl übernommen.⁷⁵ Ertl war seit 1925 Professor der Hebammen-Lehranstalt und Primar der Landes-Frauenklinik in Linz; er engagierte sich auch besonders in der Abstinenzbewegung.⁷⁶

⁶⁹ Tandler, Ehe und Bevölkerungspolitik, 16.

⁷⁰ Tandler, Qualitative Bevölkerungspolitik, zit. bei: Gudrun Exner, Sozial- und Bevölkerungspolitik, 206 f.

⁷¹ Siehe Ebenda, 207.

⁷² Aus der rassenhygienischen Bewegung, 351.

⁷³ Ebenda.

⁷⁴ Guggenberger, Oberösterreichische Ärztechronik, 153 f.

⁷⁵ Gschwendtner, Tätigkeit der oberösterreichischen Gesellschaft für Rassenhygiene, 127 f.

⁷⁶ Guggenberger, Oberösterreichische Ärztechronik, 169.

Die Oberösterreichische Gesellschaft für Rassenhygiene entfaltete in den Jahren 1924 bis 1929 umfangreiche Aktivitäten. Im Zentrum standen einerseits ihr Versuch, eugenisches Denken in den Schulen zu verankern. Zu diesem Zweck wurden Fortbildungskurse für Lehrer veranstaltet, und tatsächlich gelang es, an drei Linzer Schulen „Unterricht über Vererbung und Rassenhygiene“ zu erteilen.⁷⁷ L. Gschwendtner publizierte bis 1929 relativ häufig im Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie, in den Folgejahren sind aber keine Artikel mehr nachweisbar, wie auch keine Tätigkeitsberichte der Oberösterreichischen Gesellschaft für Rassenhygiene mehr erscheinen.

Soweit aus den Publikationen erkennbar, verlässt die Oberösterreichische Gesellschaft für Rassenhygiene den Rahmen der Mainstream-Eugenik nicht. Eugenische Eheberatung, Bewusstseinsarbeit in der Bevölkerung zur Verbreitung der Kenntnisse über menschliche Vererbung etc. waren, soweit aus den Quellen ersichtlich, die Schwerpunkte der Arbeit. Man konzentrierte sich auf die Vermittlung von positiv-eugenischen Maßnahmen wie Eheberatung und Erarbeitung von Fördermaßnahmen für „hochwertige und tüchtige Familien.“

1924 wurde die Grazer Gesellschaft für Rassenhygiene gegründet. Vorsitzender war Dr. Rudolf Polland, sein Stellvertreter war Reg.-Rat Dr. Friedrich Reinitzer. Weitere Gründungsmitglieder waren der Univ.Prof. für Kinderheilkunde Franz Hamburger, der auch Gründungsmitglied der Österreichischen Gesellschaft für Bevölkerungspolitik gewesen war, sowie Oskar Begusch, der im Nationalsozialismus Gutachter der „Aktion T4“ werden sollte.⁷⁸

Im Dezember 1924 folgte schließlich die Gründung der Wiener Gesellschaft für Rassenpflege (Rassenhygiene). Der Ordinarius für Anthropologie und Ethnographie an der Wiener Universität, Otto Reche, übernahm den Vorsitz, sein Stellvertreter war Heinrich Reichel.⁷⁹ Die Gesellschaft hatte ihren Sitz am anthropologischen Institut Reches. In der Satzung der Gesellschaft heißt es über die Mitgliedschaft: „Jede mündige Person männlichen oder weiblichen Geschlechtes und deutscher Volkszugehörigkeit kann Mitglied der Gesellschaft werden.“⁸⁰ Damit waren Juden von der Mitgliedschaft ausgeschlossen. Bei der Eröffnungssitzung der Wiener Gesellschaft für Rassenpflege (Rassenhygiene) hielt Otto Reche den Festvortrag mit dem Titel: „Die Bedeutung der Rassenpflege für die Zukunft unseres Volkes.“⁸¹

⁷⁷ Gschwendtner, Tätigkeit der oberösterreichischen Gesellschaft für Rassenhygiene, 128.

⁷⁸ Aus der rassenhygienischen Bewegung, 466.

⁷⁹ Geisenhainer, Rasse ist Schicksal, 117.

⁸⁰ WStLA, Abt. 119 A, A 32, 11427/1924; zit. Geisenhainer, Rasse ist Schicksal, 117.

⁸¹ Ebenda, 118.

In dieser Rede, die auch als Broschüre publiziert wurde, sind alle Merkmale der späteren nationalsozialistischen Rassenhygiene enthalten: „Rassenmischung“ wird als größte Gefahr für „Kulturvölker“ gesehen:

„Es kommt zu weitgehenden und verhängnisvollen Gefühls- und Meinungsverschiedenheiten, die zur völligen Sprengung des Volkskörpers führen können, zum mindesten aber ein unseliges Parteiwesen schaffen, unter dem Volk und Kultur leiden.“⁸²

Da die am Ende des Ersten Weltkrieges entstandenen demokratischen politischen Systeme des Deutschen Reiches bzw. der Republik Österreich auf der Existenz politischer Parteien basieren, die sich im politischen Wettbewerb zur Wahl stellen, ist die obige Aussage als fundamentale Kritik an der Demokratie zu sehen, eine Argumentation, die für die NSDAP typisch werden sollte.

Reche beschwor ein Untergangsszenario herauf, in dem der Zerstörungsprozess der modernen Gesellschaft durch Rassenmischung in Verbindung mit dem Unwirksamwerden der natürlichen Auslese und der differentiellen Geburtenrate schon begonnen hat.

Als Gegenmaßnahmen fordert Reche Sterilisationsgesetze zur Verhinderung der „Fortpflanzung Minderwertiger“ und den „Kampf gegen die Vermischung mit minderwertigen einheimischen und einwandernden Rassenelementen“ im Wege einer entsprechenden Einwanderungsgesetzgebung.⁸³

Politisch sind die neugegründeten Gesellschaften der Großdeutschen Volkspartei zuzuordnen; im Deutsch-Österreichischen Jahrbuch wird die Gesellschaft für Rassenhygiene als „angegliedertes Verein“ bezeichnet,⁸⁴ wobei die Wiener Gesellschaft sich am weitesten dem deutsch-völkischen Programm mit Berührungspunkten zur NS-Ideologie nähert.

Julius Wagner-Jauregg und der Österreichische Bund für Volksaufartung und Erbkunde

Im Herbst 1928 wurde in Wien der Österreichische Bund für Volksaufartung und Erbkunde gegründet,

„der satzungsgemäß gemeinsam mit dem deutschen Bunde die deutsche Volksgesamtheit aufklären und ihr Wege und Ziele zur Vermeidung der Entartung sowie zur Erhaltung und Mehrung des im deutschen Volke vorhandenen wertvollen körperlichen und geistigen Erbgutes weisen soll.“⁸⁵

⁸² Zit. bei Geisenhainer, Rasse ist Schicksal, 120.

⁸³ Ebenda, 121.

⁸⁴ Zit. bei: Ackerl: Die Großdeutsche Volkspartei, 100.

⁸⁵ Ostermann, Österreichischer Bund für Volksaufartung, 10.

Der Bund sollte ausdrücklich unpolitischen Charakter besitzen, um „allen Kreisen der Bevölkerung die Beteiligung annehmbar zu machen.“⁸⁶ Den Vorsitz übernahm Julius Wagner-Jauregg, Schriftführer wurde der Kinderarzt und Jurist Felix Tietze. Der wissenschaftliche Beirat setzte sich wie folgt zusammen: Julius Wagner-Jauregg, Julius Bauer, Professor für Innere Medizin an der Universität Wien, Hofrat Professor Carl Brockhausen, Univ.Prof. für Staats- und Verwaltungsrecht, Ernst Finger, Univ.Prof. für Dermatologie; Hofrat Professor Dr. Alexander Fraenkel, Chirurg, Schriftleiter der Wiener Klinischen Wochenschrift, Privatdozent Dr. Robert Hofstätter, Gynäkologe, Professor Dr. Hans Kelsen, Staats- und Verwaltungsrechtler, Rechtsphilosoph, Schöpfer der österreichischen Bundesverfassung von 1920, Polizei-Sanitätsrat Dr. Julius Metzl, Heinrich Reichel, Univ.Prof. für Hygiene in Graz, Dr. Siegfried Rosenfeld, Leiter der medizinal-statistischen Abteilung im BM für Soziale Verwaltung, Sektionschef Dr. Thomas Scherrer Leiter des Volksgesundheitsamtes des Bundesministeriums für Soziale Verwaltung,⁸⁷ Prof. Dr. Hermann Swoboda, Amtsführender Stadtrat Prof. Dr. Julius Tandler, Senatsrat Ing. Siegmund Wellisch, Prof. Dr. Josef Weninger.⁸⁸

Dem Vorstand gehörten an: Julius Wagner-Jauregg (Vorsitzender), Felix Tietze (Schriftführer), Ernst Brezina, Referent im Volksgesundheitsamt im Bundesministerium für Soziale Verwaltung, Karl Gaulhofer, Referent im Unterrichtsministerium, Robert Hofstätter, Karl Kautsky jun., Leiter der Eheberatungsstelle der Gemeinde Wien, sozialdemokratischer Wiener Gemeinderat, Alois Scholz, ab 1927 Vorsitzender der Wiener Gesellschaft für Rassenpflege (Rassenhygiene).⁸⁹ Auffallend ist die politische Zusammensetzung von Vorstand und wissenschaftlichem Beirat, die vor allem aus Sozialdemokraten und (liberalen) Deutschnationalen bestehen.

Wie der deutsche Bund konzentrierte sich die österreichische Schwesterorganisation auf die Propagierung eugenischer Konzepte. Im Speziellen wollte man die Jugend für eugenische Ideen gewinnen, daher konzentrierte sich der Bund auf eine Verankerung eugenischer Inhalte in der schulischen Ausbildung. Zur Realisierung seines Programms setzte der Bund auf die enge Zusammenarbeit mit Repräsentanten des Staates, was in der Zusammensetzung des Vorstandes wie des wissenschaftlichen Beirates deutlich zum Ausdruck kommt. Es gab auch Anfang der dreißiger Jahre Versuche, eugenische Lehrinhalte an die Mittelschulen zu bringen, an denen der Bund wesentlich beteiligt war. Diese Tätigkeit versandete aber 1933, wie überhaupt die Vereinsaktivitäten in diesem Jahr sehr zurückgingen.

⁸⁶ Ostermann, Österreichischer Bund für Volksaufartung, 10.

⁸⁷ Enderle-Burcel/Follner: Diener vieler Herren, 408 f.

⁸⁸ Volksaufartung, Erbkunde, Eheberatung 4 (1929), 10.

⁸⁹ Meyer, Akademische Netzwerke, 114.

Mit einer Vortragsreihe, die im Februar 1929 begann und im Hörsaal des Anatomischen Instituts stattfand, nahm der Bund seine Tätigkeit auf. In insgesamt sechs Vorträgen wurden folgende Themen behandelt: 1. Felix Tietze: Sterilisierung zu eugenischen Zwecken, 2. Julius Tandler: Ziele der Eugenik, 3. Erich Tschermak-Seysenegg: Die Mendelschen Vererbungsgesetze, 4. Heinrich Reichel: Menschliche Erb- und Familienforschung, 5. Julius Wagner-Jauregg: Erbliche Geistes- und Nervenkrankheiten, 6. Karl Kautsky: Eheberatung.⁹⁰ Die Vortragsreihe wurde fortgesetzt mit Karl Gaulhofer: Eugenik und Hygiene in der Erziehung, Burghard Breitenner: Die Blutgruppen und ihre Vererbung, Julius Bauer: Die Vererbung erworbener Eigenschaften.⁹¹ Nach 1932 ist keine Vortragstätigkeit mehr nachweisbar; zumindest konnte in der Wiener Klinischen Wochenschrift, die ansonsten alle Vorträge zuverlässig ankündigte, kein Hinweis gefunden werden.

1931 gelang es dem Bund, den prominenten katholischen Eugeniker Hermann Muckermann für einen Vortrag zu gewinnen; 1932 sprach auch der deutsche Dermatologe Hermann Werner Siemens, der als eine der zentralen Persönlichkeiten der deutschen Eugenik galt.⁹²

Julius Wagner-Jauregg und Felix Tietze stellten 1929 ein Subventionsansuchen beim Volksgesundheitsamt im BM für Soziale Verwaltung, dessen Leiter, Sektionschef Scherrer, Mitglied des wissenschaftlichen Beirates war. Der zuständige Beamte des Volksgesundheitsamtes, Ernst Brezina (auch er ein Beiratsmitglied), befürwortete die Subvention, da die Ziele des Bundes, die „Entwicklung und Stärkung des Verantwortungsgefühls in Hinsicht auf die eigene Nachkommenschaft innerhalb weiter Kreise“ positiv zu bewerten seien und ein „Mann von der Bedeutung Wagner-Jaureggs den Vorsitz“ innehätte und sich unter den Mitgliedern Personen befänden, die „Bedeutendes auf dem Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege und der politischen Verwaltung geleistet hätten.“⁹³ Bis 1932 wurde eine Subvention gewährt, in den Folgejahren nicht mehr. Die Ursachen der Ablehnung können auf der Grundlage der schmalen Quellenbasis nicht genannt werden.

Ende 1929 oder Anfang 1930 kam es zum ersten Vorstoß des neugegründeten österreichischen Bundes in der Frage der Sterilisierung auf Grund eugenischer Indikation. Vorbild war eine Initiative der Berliner Ortsgruppe der Deutschen Gesellschaft für Rassenhygiene (Eugenik), der sich die Deutsche Gesellschaft für Rassenhygiene, der Deutsche Bund für Volksaufartung und Erbpflege und der Deutsche Medizinalbeamtenverein anschlossen.⁹⁴

⁹⁰ Volksaufartung, Erbkunde, Eheberatung 4 (1929), 34.

⁹¹ Volksaufartung, Erbkunde, Eheberatung 5 (1930); 64.

⁹² Siehe Meyer, Akademische Netzwerke, 118.

⁹³ Zit. bei Meyer, Akademische Netzwerke, 117.

⁹⁴ Anträge an den Reichstag bezüglich der freiwilligen Sterilisierung, 227.

Es ging dabei um einen Antrag an den 21. Ausschuss des Deutschen Reichstages, folgende Ergänzung zum § 238 des deutschen Strafgesetzbuches zu stellen:

„Eine Körperverletzung im Sinne dieses Gesetzes liegt nicht vor, wenn ein approbierter Arzt die künstliche Unfruchtbarmachung eines Menschen (Sterilisation) mit dessen Zustimmung vornimmt, weil der Eingriff nach den Regeln der ärztlichen Kunst zur Abwendung einer ernststen Gefahr für das Leben oder die Gesundheit des Betreffenden oder etwaiger Nachkommen erforderlich ist.“⁹⁵

Der Antrag wurde damit begründet, dass auf Grund der hohen Anzahl von „Erblichbelasteten, die in Heil- und Pflegeanstalten oder in Gefängnissen aufbewahrt werden.“ Durch die Negierung der Tatsache, dass diese Menschen ihre Belastung auf die Nachkommen vererbten, vermehrten sich die Minderwertigen, wodurch wiederum „eine Erhöhung der Ansprüche an das Volksvermögen“ verbunden sei. Es gehe also um eine „physische Dauerausschaltung der Fortpflanzung“ der betreffenden Personen; dies könne auf zwei Wegen erreicht werden: zum einen durch „Bewahrung der Menschen in den Anstalten und damit der dauernden Trennung der Geschlechter.“ Diese Methode sei aber nicht optimal, da sie außerdem mit „großen Mehrausgaben“ verbunden sei. „Die andere Methode, die in vielen Fällen die kostspielige Bewahrung überflüssig macht, besteht in der Sterilisierung.“⁹⁶

In der Frage der chirurgischen Sterilisation herrschte nämlich in Deutschland wie in Österreich Rechtsunsicherheit, da dieser Spezialfall eines chirurgischen Eingriffs gesetzlich nicht geregelt war. Die Bestimmungen des deutschen wie auch des österreichischen Strafrechts sahen Sanktionen bei vorsätzlicher Körperverletzung vor, und es war nicht klar, ob und wie weit ein chirurgischer Eingriff zur Beseitigung der Fortpflanzungsfähigkeit (Sterilisation) oder eine chirurgische Kastration als vorsätzliche Körperverletzung gewertet werden konnten, da sie ja nicht, wie andere chirurgische Eingriffe, zur Heilung einer Krankheit dienten. Ärzte, die Sterilisationen durchführten, setzten sich also der Gefahr der Strafverfolgung aus. Durch eine Klärung dieser Frage hoffte man in der eugenischen Bewegung, die Möglichkeit einer Sterilisierung auf freiwilliger Basis zu etablieren.⁹⁷

Der Österreichische Bund startete wenige Monate später eine Aktion nach diesem Vorbild. In der Zeitschrift Volksaufartung Erbkunde Eheberatung wird vermerkt, dass der entspre-

⁹⁵ Anträge an den Reichstag bezüglich der freiwilligen Sterilisierung, 227.

⁹⁶ Ebenda.

⁹⁷ Siehe hierzu Lenz, Ist Sterilisierung strafbar?, 232–234.

chende Antrag an den Nationalrat „mit dem vom Deutschen Bunde an den Reichstag gerichteten fast vollständig“⁹⁸ übereinstimmte. Allerdings war das konkrete Schriftstück in den Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates nicht aufzufinden; es stellt sich überdies die Frage, wer diesen Antrag auf Novellierung des Strafgesetzes im Nationalrat eingebracht hätte. Eine Regierungsvorlage erscheint trotz Regierungsbeteiligung der Großdeutschen Volkspartei in der Regierung Schober III⁹⁹ unwahrscheinlich; seitens der Opposition wäre nur die Sozialdemokratie in Frage gekommen, mit deren Parteilinie eine solche Forderung nicht kompatibel war.¹⁰⁰ Eine andere Möglichkeit wäre, dass es sich nicht um einen Gesetzesantrag handelte, sondern um eine Eingabe an den zuständigen Ausschuss (Justizausschuss), die über einen Abgeordneten lanciert wurde.

Es muss an dieser Stelle ausdrücklich betont werden, dass es sich bei dieser Initiative nicht um „ein Sterilisationsgesetz“ handelte, wie vielfach in der wissenschaftlichen Literatur behauptet wird.

So etwa merkt Michael Hubenstorf in einem 2005 erschienenen Aufsatz über Wagner-Jauregg an,

„dass von diesen beiden Gesellschaften in den 1930er Jahren eine Gesetzesinitiative für ein österreichisches Sterilisationsgesetz an den Nationalrat gerichtet wurde, die jedoch folgenlos blieb. Als Präsident war Wagner-Jauregg für die wissenschafts- und gesundheitspolitischen Initiativen des Bundes verantwortlich.“¹⁰¹

Dieses kurze Zitat beinhaltet mehrere gravierende Fehler bzw. Ungenauigkeiten: 1. Die erwähnte Initiative wurde nicht vom Bund für Volksaufartung und Erbpflege und der Wiener Gesellschaft für Rassenpflege (Rassenhygiene) gemeinsam getragen. In den Quellen findet sich jedenfalls kein Hinweis darauf. Hubenstorf belegt diese seine Behauptung auch nicht¹⁰² (Überhaupt ist der ganze Aufsatz mit nur 15 Belegstellen quellenmäßig sehr dürftig ausgestattet). Durch den behaupteten Schulterschluss der beiden Gesellschaften wird der Bund – und damit auch sein Vorsitzender Wagner-Jauregg – in die Nähe der völkischen Rassenhygiene gerückt. 2. Der Begriff „Gesetzesinitiative an den Nationalrat“ suggeriert, es handle sich dabei

⁹⁸ Volksaufartung Erbkunde Eheberatung 5 (1930), 41.

⁹⁹ Die Regierung Schober III war vom 26.9.1929 bis 30.9.1930 im Amt und bestand aus Vertretern der Christlichsozialen Partei, der Großdeutschen Volkspartei, des Landbundes und Beamten, d.h. offiziell parteilosen Ministern, die aus dem öffentlichen Dienst stammten. Siehe Müller/Philipp/Steinger. Die Regierung, 80.

¹⁰⁰ Obwohl Tandler als Gesundheitsstadtrat von Wien sicherlich lokalen Einfluss besaß, war seine Meinung zu keinem Zeitpunkt für die Politik der Gesamtpartei signifikant.

¹⁰¹ Hubenstorf, Medizinhistorische Forschungsfragen, 222.

um eine im Nationalrat abzustimmende Vorlage; dieses Recht, eine Gesetzesvorlage einzubringen, steht nach Art. 41 B.VG aber nur den Abgeordneten des Nationalrates, des Bundesrates oder der Bundesregierung zu. (Das Instrument des Volksbegehrens war 1929 noch nie in der Praxis zum Einsatz gekommen.) Welches Vorgehen die Initiatoren wählten, um den Nationalrat auf die Thematik hinzuweisen, müssten eingehende Recherchen z.B. im Parlamentsarchiv klären. 3. Wie oben ausgeführt, handelte es sich nicht um ein „österreichisches Sterilisationsgesetz“, sondern um eine Ergänzung zum österreichischen Strafrecht, um eine in diesem Zusammenhang bestehende Rechtsunsicherheit für Ärzte zu beseitigen. Dies stellte die Voraussetzung dar, entsprechende Eingriffe überhaupt durchführen zu können, ist aber keineswegs ein „Sterilisationsgesetz“, wie es damals z.B. in einzelnen Bundesstaaten der USA oder in Skandinavien schon existierte. Der letzte Satz schließlich kann in seiner Aussage nur als tendenziös bezeichnet werden: Wagner-Jauregg wird hier, weil „verantwortlich für die wissenschafts- und gesundheitspolitischen Aussagen des Bundes“, zum Befürworter eines „Sterilisationsgesetzes“, der er nicht war.

1933 verflachen die Aktivitäten des Bundes; diese Entwicklung setzt sich in der Phase der Konstituierung des „christlichen Ständestaates“ 1934 fort. Dies wird dadurch erklärlich, dass ein relevanter Teil der Mitglieder von Vorstand und wissenschaftlichem Beirat Sozialdemokraten waren, die im neuen politischen System zu Outlaws wurden. Sozialdemokratische oder großdeutsche Verbindungsleute des Bundes im Ministerium für Soziale Verwaltung wurden entlassen oder pensioniert, so dass mit einem Mal die für die Arbeit des Bundes zentralen persönlichen Beziehungen zur staatlichen Verwaltung gekappt waren. 1934 wurde in einer außerordentlichen Hauptversammlung des Bundes die Änderung des Vereinsnamens in Verein für menschliche Erblchkeitslehre und Endokrinologie beschlossen. Der Vorsitz blieb bei Wagner-Jauregg, Tietze war weiterhin Schriftführer.¹⁰³ Im Mai 1935 erfolgte aus unbekanntem Gründen ein Wechsel in der Leitung des Bundes, indem der Physiologie Arnold Durig zum Vorsitzenden gewählt wurde und Felix Tietze nicht mehr als Schriftführer aufscheint.¹⁰⁴ Die Motive für den Rückzug Wagner-Jaureggs sind aus den vorliegenden Quellen nicht eruierbar.¹⁰⁵

¹⁰³ Wiener Klinische Wochenschrift 84 (1934), 508, 544.

¹⁰⁴ Wiener Klinische Wochenschrift 85 (1935), 536.

¹⁰⁵ Im Wiener Stadt- und Landesarchiv konnten die entsprechenden Unterlagen der Vereinsbehörde, betreffend den Bund, nicht aufgefunden werden. Hubenstorfs Interpretation ist daher reine Spekulation, wenn er die Rücktritte als mögliche „politische Signalwirkungen (oder unter Umständen pronationalsozialistisches Engagement)“ bewertet. Siehe Hubenstorf, *Medizinhistorische Forschungsfragen*, 223.

Betrachtet man nun die Rolle, die Wagner-Jauregg im Bund spielte, so ist es nicht unwahrscheinlich, dass er seine Funktion als Vorsitzender vor allem der Tatsache verdankte, dass er ein Jahr vor der Gründung des Bundes den Nobelpreis zuerkannt bekommen hatte und nicht, weil er, wie andere Vorstandmitglieder, ein ausgewiesener Experte auf diesem Gebiet war. (Julius Bauer, Julius Tandler, sogar der junge Felix Tietze hatten 1930 schon ein Vielfaches von dem veröffentlicht, was Wagner-Jauregg dazu je publizieren sollte.) Bis 1931 hatte Wagner-Jauregg sich publizistisch nie zu Fragen der Eugenik geäußert; erst in diesem Jahr erschien der erste einschlägige Artikel („Über Eugenik“).

Der mit der Erteilung des Nobelpreises verbundene Status war geeignet, der neuen Organisation Respektabilität und Bekanntheit einzubringen. Wagner-Jauregg war überdies im medizinisch-akademischen wie im gesundheitspolitischen Netzwerk fest verankert. Er war Mitglied des Obersten Sanitätsrates, war von 1919 bis 1932 Vizepräsident der Gesellschaft der Ärzte Wiens;¹⁰⁶ er hatte zum Beraterkreis von Bundespräsident Hainisch gehört, den dieser Anfang der zwanziger Jahre des 20. Jahrhunderts zur Diskussion sozial- und gesundheitspolitischer Fragen um sich versammelt hatte und aus dem in der Folge die Österreichische Gesellschaft für Volksgesundheit entstand.¹⁰⁷ Eine Persönlichkeit wie Wagner-Jauregg war mit seiner Reputation und seinen Kontakten von unschätzbarem Wert, wenn es darum ging, durch die staatliche Verwaltung Projekte auf den Weg zu bringen. Genau dies scheint auch seine Funktion gewesen zu sein, wenn man die Initiativen des Bundes zur Verankerung eugenischer Inhalte im Schulunterricht, die Propagierung eugenischer Eheberatung und überhaupt die Verbreiterung der eugenischen Kenntnisse, besonders der Vererbungslehre, betrachtet.

Auch die politische Ausrichtung des Bundes, wie sie sich in der politischen Einstellung der Vorstandsmitglieder und des wissenschaftlichen Beirats manifestiert, lässt nicht den Schluss zu, dass ausgerechnet der Vorsitzende ein Völkisch-Deutschnationaler war. (In diesem Fall wäre die enge Zusammenarbeit mit jüdischen Kollegen kaum erklärbar; seine logische Wahl wäre dann – ein entsprechendes Engagement für eugenische Fragen vorausgesetzt – wohl die Wiener Gesellschaft für Rassenpflege (Rassenhygiene) gewesen, die Juden durch einen Arierparagraphen von der Mitgliedschaft ausschloss.) Gemeinsam war den Mitgliedern des Vorstandes wie des wissenschaftlichen Beirates die Ablehnung der Christlichsozialen. Es handelte sich um Sozialdemokraten, meist jüdischer Herkunft (Tandler, Tietze, Rosenfeld, Kautsky) sowie um Deutschnationale bzw. Sozialliberale (Wagner-Jauregg, Bauer, Kelsen).

¹⁰⁶ Geschichte der Gesellschaft der Ärzte in Wien. <http://www.3.billrothhaus.ac> (26.5.2004).

¹⁰⁷ Hainisch, 75 Jahre aus bewegter Zeit, 284. Mehrere Mitglieder stießen später zum Bund für Volksaufartung und Erbkunde: Arnold Durig, Clemens von Pirquet, Ernst Brezina und Siegfried Rosenfeld.

Wie die Mitgliedschaft von Heinrich Reichel und Alois Scholz, die beide auch Vorstandsmitglieder der Wiener Gesellschaft für Rassenpflege (Rassenhygiene) waren, im Vorstand des Bundes zu interpretieren ist, kann auf Grund der fehlenden Quellen nicht beurteilt werden.

Ergebnisse der Textanalyse

Wagner-Jauregg beginnt Ende der zwanziger Jahre des 20. Jahrhunderts, sich publizistisch mit eugenischen Fragestellungen auseinanderzusetzen. In seinem Werk nimmt die Eugenik nur kleinen Raum ein; von den über 90 Artikeln und Büchern, die Wagner-Jauregg verfasst hat, beschäftigen sich drei explizit mit Problemen der Eugenik, wobei in der unten zuletzt genannten Arbeit („Über die menschliche Lebensdauer“) diese Thematik nur im letzten Kapitel angesprochen wird.

Folgende Texte wurden analysiert:

- Die erbliche Anlage zu Geistesstörungen. In: Wiener Klinische Wochenschrift 41 (1929), 925-927, 961-963.
- Über Eugenik. In: Wiener Klinische Wochenschrift 44 (1931), 1- 6.
- Zeitgemäße Eugenik. In: Wiener Klinische Wochenschrift 48 (1935), 1-2.
- Über die menschliche Lebensdauer. Eine populär-wissenschaftliche Darstellung. Innsbruck 1941 (posthum publiziert).

Gemeinsam ist allen Texten, dass sie sowohl sprachlich wie inhaltlich als moderat bezeichnet werden können. Rassenhygienische Terminologie (im Sinne der nationalsozialistischen Rassenhygiene) findet sich an keiner Stelle. Wagner-Jaureggs Positionen zu Ehe und Familie sind konservativ, eine Lockerung des Verbots des Schwangerschaftsabbruchs und die Verbreitung empfängnisverhütender Mittel lehnt er entschieden ab. Für ihn ist eine „Stärkung des Fortpflanzungswillens“ der Familien zentral, wobei er die Schaffung finanzieller Anreize (Prämien, Steuerbegünstigungen etc.) befürwortet, gleichzeitig aber anmerkt, dass diese Strategie nur bedingt erfolgreich sein könne. Über eine Berechtigung eines Schwangerschaftsabbruchs aus eugenischer Indikation – die von der nationalsozialistischen Rassenhygiene gefordert wurde – äußert er sich nicht.

Auch die Gefahr einer Rassenmischung bzw. Degeneration der arischen Rasse, wie sie von Vertretern der Gesellschaft für Rassenhygiene beschworen wird, wird von Wagner-Jauregg nicht angesprochen.

Wagner-Jauregg hält zwar eine gesetzliche Ermöglichung der Sterilisierung bestimmter Personengruppen für wünschenswert, warnt aber gleichzeitig vor einer Überschätzung des

Einflusses der Vererbung. Außerdem weist er mehrmals darauf hin, die Umwelteinflüsse im Prozess der Entwicklung des Individuums nicht zu unterschätzen.

Eine explizite Befürwortung der Zwangssterilisation findet sich in seinen Schriften nicht.

Eugenische Eheberatung hält Wagner-Jauregg für sinnvoll und wünschenswert, wendet aber ein, dass diese Beratungsstellen in überwiegendem Maß von Personen der gebildeten Schichten aufgesucht würden, die wirklich Betroffenen aber nicht erreicht werden könnten.

In der Publikation „Über die menschliche Lebensdauer“, deren Hauptteil sich mit den Ursachen der Erhöhung des Lebensalters beim Menschen und den daraus resultierenden Problemen auseinandersetzt (z.B. Überalterung, höhere Krankheitskosten älterer Menschen), findet sich im letzten Abschnitt in einem Absatz eine positive Wertung des Sterilisationsgesetzes, das im Juli 1933 im Deutschen Reich beschlossen wurde und mit Jahresbeginn 1940 auch in Österreich eingeführt wurde. („Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“)¹⁰⁸. In dieser Publikation ist in einigen Abschnitten eine Hinwendung zu völkisch konnotierten Begrifflichkeiten festzustellen, wobei aber keine antisemitischen Äußerungen festzustellen sind.

Aufgrund seiner marginalen Befassung mit der Thematik ist es nicht gerechtfertigt, Wagner-Jauregg als „Eugeniker“ zu bezeichnen. Er war, wie viele seiner Zeitgenossen, von den Möglichkeiten, die die Eugenik zu bieten schien, fasziniert, befürwortete die Eugenik als Sozialtechnologie und setzte sich publizistisch damit auseinander. In der Praxis setzte er sich vor allem für eine Verankerung eugenischer Lehrinhalte im Bildungswesen ein.

In der zeitgenössischen deutschen eugenischen Diskussion wurde Wagner-Jauregg nicht wahrgenommen. In der wissenschaftlichen Zeitschrift der deutschen Rassenhygiene, dem Archiv für Rassenhygiene und Gesellschaftsbiologie, das ab 1904 erschien, wird auf die eugenischen Arbeiten Wagner-Jaureggs kein einziges Mal Bezug genommen, obwohl zwei seiner Artikel im Organ des „Bundes für Volksaufartung und Erbpflege“ publiziert wurden. Nicht einmal sein Tod findet im „Archiv“ Erwähnung.

¹⁰⁸ Anzumerken ist, dass dieses Gesetz von vielen angloamerikanischen Eugenikern begrüßt und positiv beurteilt wurde.

Antisemitismus

Ein Problem bei der Untersuchung einer eventuellen ideologisch-politischen Belastung Wagner-Jaureggs bestand darin, dass praktisch keine authentischen Äußerungen zu politischen oder weltanschaulichen Themen zugänglich waren bzw. erhalten sind.¹⁰⁹ Einzige Ausnahme ist das eigenhändige Manuskript der Lebenserinnerungen, das im Institut für Geschichte der Medizin in Wien verwahrt wird¹¹⁰. Im Folgenden werden Textstellen aus dem Manuskript zitiert, die vom Herausgeber, L. Schönbauer, in der Publikation gestrichen wurden:

„Unter den Hörern herrschten die Juden vor, von denen die Wiener Juden mit einem gewissen Selbstbewusstsein auftraten. Ich schloss mich [...]“¹¹¹

„Dieser erste Erfolg hob ein wenig mein Selbstbewusstsein, das tief gesunken war, weil ich sah, dass die Juden gar so gescheit waren (oder taten) und ich kaum hoffte, es ihnen gleich tun zu können. Ich verlegte mich [...]“¹¹²

„Leidesdorf galt immer als Jude. Es hat sich aber herausgestellt, dass er von mütterlicher Seite arischer Abstammung war. Sein Vater, ein damals bekannter Musiker, war Jude [...]“¹¹³

„Dadurch wurden die Studierenden aus Steuermark [sic!] und Tirol ausgeschaltet, die ohnedies größtenteils nicht in Wien studierten. Aber es wurde auch ausgeschaltet der starke Zustrom jüdischer Mediziner aus Böhmen, Galizien, Bukowina [...]“¹¹⁴

„Natürlich fiel die jüdische Journalistik über mich her, denn dass die Aktion auf meine Anregung hin in Gang gesetzt worden war, blieb ja nicht verborgen [...]“¹¹⁵

„Nierenkreislauf. Freud war aber immer ein unverträglicher Mensch, was er später im höchsten Grade bewiesen hat. Er hat sich auch mit Stricker nicht vertragen. Er hat auch seine Arbeit nicht fertig gemacht. Ich habe mich mit ihm aber gut vertragen.“¹¹⁶

¹⁰⁹ Ein von Magda Withrow erwähntes Tagebuch, aus dem Theodor Wagner-Jauregg Eintragungen zur Verfügung stellte, konnte für diese Untersuchung nicht ausfindig gemacht werden. Siehe Whithrow: Julius Wagner-Jauregg, 283.

¹¹⁰ Julius Wagner-Jauregg, Manuskript der Lebenserinnerungen. Institut für Geschichte der Medizin in Wien, HS 3290.

¹¹¹ Wagner-Jauregg, Lebenserinnerungen, 6; Julius Wagner-Jauregg, Manuskript der Lebenserinnerungen. Institut für Geschichte der Medizin in Wien, HS 3290, fol. 2r.

¹¹² Julius Wagner-Jauregg, Manuskript der Lebenserinnerungen. Institut für Geschichte der Medizin in Wien, HS 3290, fol. 3v.

¹¹³ Ebenda, fol. 45v.

¹¹⁴ Ebenda, fol. 85r.

¹¹⁵ Ebenda, fol. 85v.

¹¹⁶ Wagner-Jauregg, Lebenserinnerungen, 71, Abs. 3; Julius Wagner-Jauregg, Manuskript der Lebenserinnerungen. Institut für Geschichte der Medizin in Wien, HS 3290, fol. 95r unten.

„Er hatte aber eine ausgedehnte und einträgliche Praxis, nicht bloß nicht nur bei den reichen Wiener Juden, sondern auch in arischen Kreisen. Breuer beschäftigte nun Freud, indem er ihm hysterische Judenmädel zur Behandlung übergab [...]“¹¹⁷

Zur Einordnung dieser Äußerungen: Wagner-Jauregg hat diese Aussagen nicht öffentlich getätigt, und er wollte auch nicht, wie schon angeführt, dass seine autobiographischen Aufzeichnungen publiziert werden. Wagner-Jaureggs Antisemitismus, wie er hier zutage tritt, war Common Sense in der Wiener bürgerlichen Gesellschaft des späten 19. und frühen 20. Jahrhundert und ist sozusagen der gemeinsame Nenner zwischen Christlichsozialen und Deutschnationalen. Zu berücksichtigen wäre auch, dass Wagner-Jaureggs erste Frau Jüdin war, dass er sich im sozial-liberalen „Bund für Volksaufartung und Erbkunde“ und nicht in der Gesellschaft für Rassenhygiene engagierte.

Wagner-Jaureggs politische Einstellung

Wagner-Jauregg war Deutschnationaler. Er trat während seines Studiums dem Wiener Akademischen Gesangverein bei, der 1858 als „Akademischer Gesangverein an der k.k. Universität in Wien“ gegründet worden war. Ab den 1880er Jahren begannen allmählich die großdeutsch-national ausgerichteten Mitglieder zu dominieren. 1896 konstituierte sich der Verein als Korporation, ab 1899 mit eigenen Waffen und ab 1904 Vollcouleur. 1906 wurde der Altherrenverband gegründet. 1920 erfolgte die Umbenennung in „Wiener Akademische Sängerschaft Ghibellinen“. 1924 verlieh der Akademische Senat dem Verein den Titel „Universitäts-sängerschaft“.¹¹⁸

Wagner-Jauregg war Mitglied der Großdeutschen Volkspartei; das Beitrittsdatum war nicht zu eruieren.

1937 scheint Wagner-Jauregg auf der Proponentenliste des „Deutschsozialen Volksbundes“ auf, der einen Versuch der „Nationalen“ im Ständestaat darstellte, sich mit Billigung der Regierung neben oder innerhalb der „Vaterländischen Front“ zu organisieren. Josef Leopold, Landesleiter der illegalen NSDAP, hatte Proponenten aus dem Lager der Nationalen, der Großdeutschen und des Landbundes gesammelt und knapp 500 Namen am 18. Februar in der

¹¹⁷ Julius Wagner-Jauregg, Manuskript der Lebenserinnerungen. Institut für Geschichte der Medizin in Wien, HS 3290, fol. 95v; Wagner-Jauregg, Lebenserinnerungen, 72: ... Praxis. Er beschäftigte nun Freud, indem er ihm hysterische Patientinnen zur Behandlung übergab ...

¹¹⁸ Usuniversität Wien, Universitätsarchiv, AGV Akademischer Gesangverein (AGV), 1858–1938, <https://scopeq.cc.univie.ac.at/Query/detail.aspx?ID=2742> (10.4.2021).

Linzer Zeitung „Die neue Zeit“¹¹⁹ veröffentlicht. Es ist bekannt, dass die Großdeutschen eigene Vertreter für die Proponentenliste namhaft machten; ob Wagner-Jauregg hier als Vertreter der Großdeutschen Partei oder im eigenen Namen auftrat, ist ungeklärt. Der „Deutschsoziale Volksbund“ kam über den Status der Proponentenliste nicht hinaus, die Statuten wurden nie bei der Vereinsbehörde eingereicht.

Fünf Monate vor seinem Tod suchte er um Aufnahme in die NSDAP an; bevor der Antrag (positiv) erledigt wurde, verstarb Julius Wagner-Jauregg.

Wie wird Wagner-Jauregg in den Berichten der Wiener und Grazer Kommission gesehen?

Im Wiener Gutachten, erstellt unter der Leitung von Oliver Rathkolb,¹²⁰ wird Wagner-Jauregg in die Gruppe „Diskussionsbedarf“ eingereiht. Der Beitrag wurde von Birgit Nemeč,¹²¹ Mitarbeiterin des Instituts für Geschichte und Ethik der Medizin an der Universität Heidelberg, verfasst und enthält mehrere unzutreffende Informationen:

„frühes Engagement in Frage der Rassenhygiene und der eugenischen Zwangssterilisation; Ablehnung von Vorschlägen und Praxen aus katholischen (Eheberatung) oder sozialdemokratischen Reihen und anstelle dessen inhumane Sichtweise auf geistesranke Menschen (stellt Geistesranke, Verbrecher gleich); Involvierung in Sterilisierungs- und Euthanasieaktionen.“¹²² [Hervorhebung Brigitte Kepplinger]

„Er stand auf der Proponentenliste des ‚Deutsch-Sozialen Volksbundes‘ [...], zeigte pro-nazistisches Engagement 1937 für den ‚Deutschen Volksbund‘ [sic], der ein versuchter Zusammenschluss von ‚Nationalen‘ und Nationalsozialisten innerhalb der ‚Vaterländischen Front‘ war.“¹²³

„Seine Involvierung in medizinisch fragwürdige Therapien und Humanexperimente: Die therapeutische Leistung der Malaria-Therapie war bereits zweieinhalb Jahrzehnte nach ihrer Entdeckung medizinisch überholt; die therapeutische Vorgangsweise von Anfang an medizinisch umstritten; laut Hubenstorf ebnete sie den inhumanen Malariaexperimenten der 1940er Jahre den Weg.“¹²⁴

¹¹⁹ Deutsch-sozialer Volksbund für Österreich. In: Die neue Zeit, Blatt für alle Berufsstände, Nr. 47, vom 18. Februar 1937.

¹²⁰ Forschungsprojektendbericht Straßennamen Wiens seit 1860 als „Politische Erinnerungsorte“. Wien 2013, 231–234, URL: <https://www.wien.gv.at/kultur/abteilung/pdf/strassennamenbericht.pdf> (22.2.2021).

¹²¹ Ebenda, 232–234.

¹²² Ebenda.

¹²³ Ebenda.

¹²⁴ Ebenda.

Der Beitrag ist an Oberflächlichkeit und Fehlinformation schwer zu überbieten, die Autorin hat vermutlich nur die Zusammenfassung der Zusammenfassungen der zitierten Arbeiten gelesen und Ausschnitte mit copy-paste aneinandergereiht. Es ist ihr auch entgangen, dass Wagner-Jauregg wohl kaum an „Sterilisierungs- und Euthanasieaktionen“ beteiligt gewesen sein kann (Das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses wurde 1939 in der „Ostmark“ eingeführt, und die „Aktion T4“ begann mit der Errichtung der Tötungsanstalt in Schloss Hartheim im Frühling 1940).

Das Grazer Gutachten war mir nicht im Volltext zugänglich.

In der online einsehbaren Zusammenfassung wird die Wagner-Jauregg-Straße nicht zu den prioritär zu behandelnden Benennungen gezählt.

Als Grund für die Aufnahme in die Reihe der problematischen Benennungen wird angeführt: „bekennender Vertreter der NS-Rassenhygiene, sein Antrag zum Beitritt in der NSDAP wurde wegen ‚Rasse‘ zurückgestellt, da seine erste Frau Jüdin war“.¹²⁵

Literatur

Ackerl, Die Großdeutsche Volkspartei = Isabella Ackerl, Die Großdeutsche Volkspartei 1920–1934. Versuch einer Parteigeschichte. Diss. Univ. Wien 1967.

Allers, Julius Tandler = Rudolf Allers, Besprechung von: Julius Tandler/Siegfried Groß: Untersuchungen an Skopzen. Wiener klinische Wochenschrift 21, 1908 ff. In: Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie 6 (1909), 820–825.

Anträge an den Reichstag bezüglich der freiwilligen Sterilisierung. In: Volksaufartung, Erbkunde, Eheberatung 1929, 227.

Aus der rassenhygienischen Bewegung = Aus der rassenhygienischen Bewegung. In: Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie 15 (1923), 351–352.

Byer, Rassenhygiene und Wohlfahrtspflege = Doris Byer, Rassenhygiene und Wohlfahrtspflege. Zur Entstehung eines sozialdemokratischen Machtdispositivs in Österreich bis 1934. Frankfurt a. M.-New York 1988.

Dörner, Bürger und Irre = Klaus Dörner, Bürger und Irre. Hamburg 1995.

Eissler, Freud und Wagner-Jauregg = Kurt R. Eissler, Freud und Wagner-Jauregg vor der Kommission zur Erhebung militärischer Pflichtverletzungen. Wien 1979.

Enderle-Burcel/Follner, Diener vieler Herren = Gertrude Enderle-Burcel und Michaela Follner, Diener vieler Herren. Biographisches Handbuch der Sektionschefs der Ersten Republik und des Jahres 1945. Wien 1997.

¹²⁵ Endbericht der ExpertInnenkommission für Straßennamen Graz, URL: https://www.graz.at/cms/dokumente/10327035_10900919/2e04cc04/Endbericht%20der%20ExpertInnenkommission%20für%20Straßennamen%20Graz.pdf (22.4.2021).

- Exner, Sozial- und Bevölkerungspolitik = Gudrun Exner, Sozial- und Bevölkerungspolitik im „Roten Wien“ und im Ständestaat. In: Bevölkerungslehre und Bevölkerungspolitik vor 1933. Hrsg. von Rainer Mackensen. Opladen 2002, 193–213.
- Fürstler/Malina, Ich tat nur meinen Dienst = Gerhard Fürstler und Peter Malina: „Ich tat nur meinen Dienst“. Zur Geschichte der Krankenpflege in Österreich in der NS-Zeit. Wien 2004.
- Geisenhainer, Rasse ist Schicksal = Katja Geisenhainer, „Rasse ist Schicksal“. Otto Reche (1879–1966) – ein Leben als Anthropologe und Völkerkundler. Leipzig 2002.
- Glaser, Im Umfeld des Austromarxismus = Ernst Glaser, Im Umfeld des Austromarxismus. Wien 1981.
- Griesinger, Pathologie und Therapie = Wilhelm Griesinger, Die Pathologie und Therapie der psychischen Krankheiten. Stuttgart 1845.
- Gruber, Die Prostitution = Max Gruber, Die Prostitution vom Standpunkte der Sozialhygiene aus betrachtet. Vortrag gehalten im sozialwissenschaftlichen Bildungsvereine an der Wiener Universität am 9. Mai 1900. Wien-Leipzig 1900.
- Gschwendtner, Tätigkeit der oberösterreichischen Gesellschaft für Rassenhygiene = L. Gschwendtner, Die Tätigkeit der oberösterreichischen Gesellschaft für Rassenhygiene in der abgelaufenen Arbeitsperiode 1927/28. In: Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie 21 (1928), 127–128.
- Guggenberger, Oberösterreichische Ärztechronik = Edmund Guggenberger, Oberösterreichische Ärztechronik. Linz 1962.
- Hecke, Bevölkerungspolitische Aufgaben Österreichs = Wilhelm Hecke, Bevölkerungspolitische Aufgaben Österreichs. In: Österreichische Rundschau, Sonderabdruck aus Bd. 54 (1918), Heft 6.
- Hainisch, 75 Jahre aus bewegter Zeit = Michael Hainisch, 75 Jahre aus bewegter Zeit. Lebenserinnerungen eines österreichischen Staatsmannes. Bearbeitet von Friedrich Weissensteiner. Wien-Köln-Graz 1978.
- Hainisch, Der Kampf ums Dasein = Michael Hainisch, Der Kampf ums Dasein und die Sozialpolitik. Leipzig-Wien 1899.
- Hofmann/Kepplinger/Marckhgott/Reese, Gutachten Wagner-Jauregg = Gustav Hofmann, Brigitte Kepplinger, Gerhart Marckhgott und Hartmut Reese, Gutachten zur Frage des Amtes der Oö. Landesregierung, „ob der Namensgeber der Landes-Nervenlinik [Julius Wagner-Jauregg] als historisch belastet angesehen werden muss“. Linz 2005.
- Holleis, Die Sozialpolitische Partei = Eva Holleis, Die Sozialpolitische Partei. Sozialliberale Bestrebungen in Wien um 1900. Wien 1978.
- Hubenstorf, Österreichische Schulen der Psychiatrie und Neurologie = Michael Hubenstorf, Österreichische Schulen der Psychiatrie und Neurologie. In: Von der Zwangssterilisierung zur Ermordung. Zur Geschichte der NS-Euthanasie in Wien. Teil 2. Hrsg. von Eberhard Gabriel und Wolfgang Neugebauer. Wien u.a. 2002, 405–418.
- Hubenstorf, Medizinhistorische Forschungsfragen = Michael Hubenstorf, Medizinhistorische Forschungsfragen zu Julius Wagner-Jauregg (1857–1940). In: Jahrbuch 2005 des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands. Wien 2005, 218–234.
- Lenz, Ist Sterilisierung strafbar? = Fritz Lenz, Ist Sterilisierung strafbar? In: Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie 25 (1931), 232–234.

- Meyer, Akademische Netzwerke = Thomas Meyer, Akademische Netzwerke um die „Wiener Gesellschaft für Rassenpflege (Rassenhygiene)“ von 1924 bis 1948. Diplomarb. Univ. Wien 2004.
- Müller/Philipp/Steiniger, Die Regierung = W.C. Müller, W Philipp und B. Steininger, Die Regierung. In: Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Erste Republik 1928–1933, Hrsg. von Emmerich Talos u.a. Wien 1995, 72–90.
- Niemann-Findeisen, Weeding the Garden = Sören Niemann-Findeisen: Weeding the Garden. Die Eugenik-Rezeption der frühen Fabian Society. Münster 2004.
- Ostermann, Österreichischer Bund für Volksaufartung = A. Ostermann, Österreichischer Bund für Volksaufartung und Erbkunde. In: Volksaufartung, Erbkunde, Eheberatung 4 (1929), 10–11.
- Ploetz, Nachruf Max von Gruber = Alfred Ploetz, Nachruf Max von Gruber. In: Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie 20 (1928), 1–2.
- Schnitzler, Der Weg ins Freie = Arthur Schnitzler, Der Weg ins Freie (1908). Frankfurt/Main 2002.
- Tandler, Ehe und Bevölkerungspolitik = Julius Tandler, Ehe und Bevölkerungspolitik. Aus: Wiener Medizinische Wochenschrift 1924, Nr. 4–6. Wien 1924.
- Tandler, Quantitative Bevölkerungspolitik = Julius Tandler, Qualitative Bevölkerungspolitik. In: Mitteilungen der Österreichischen Gesellschaft für Bevölkerungspolitik und Fürsorgewesen 5 (1927), 2–15.
- Wagner-Jauregg, Lebenserinnerungen = Julius Wagner-Jauregg, Lebenserinnerungen. Hrsg. von Leopold Schönbauer und M. Hantsch. Wien 1950.
- Wagner-Jauregg im Spannungsfeld = Julius Wagner-Jauregg im Spannungsfeld politischer Ideen und Interessen – eine Bestandsaufnahme. Beiträge des Workshops vom 6./7. November 2006 im Wiener Rathaus. Hrsg. von Wolfgang Neugebauer, Kurt Scholz und Peter Schwarz. Wien 2008.
- Weindling, Health, Race and German Politics = Paul Weindling, Health, Race and German Politics between National Unification and Nazism 1870–1945. Cambridge u.a. 1989.
- Weingart/Kroll/Bayertz, Rasse, Blut und Gene = Peter Weingart, Jürgen Kroll und Kurt Bayertz, Rasse, Blut und Gene. Geschichte der Eugenik und Rassenhygiene in Deutschland. Frankfurt a. Main 1992.
- Withrow, Julius Wagner-Jauregg = Magda Withrow, Julius Wagner-Jauregg 1857–1940. Wien 2001.